

ONLINE-PUBLIKATION

Fabian Namberger

**Wahlverhalten und
politische Orientierung
von Menschen mit
Einwanderungsgeschichte**

**Literaturstudie im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

FABIAN NAMBERGER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HafenCity Universität Hamburg. Von 2019 bis 2023 war er Mitglied der Study Group «Migration, Labour, Digitalisation and Racism» am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin.

Der vollständige Titel dieser Literaturstudie lautet «Wahlverhalten und politische Orientierungen von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Deutschland».

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 2/2023

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Mai 2023

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

1 Einleitung	4
2 Methodik	4
3 Ausgangspunkte	5
3.1 Zwischen Differenz und Homogenisierung: Zum Begriff Migrationshintergrund	5
3.2 Deutsche mit Migrationshintergrund: Die wichtigsten Herkunftsländer und -gruppen	6
3.3 Zur wachsenden Bedeutung «migrantischer» Wähler*innen	7
3.4 Dünn bis nicht vorhanden: Die Datenlage	9
4 Zur Wahlbeteiligung von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte	11
5 Zum Wahlverhalten von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte	14
5.1 Politische Sachfragen	15
5.2 Kandidat*innen	16
5.3 Parteiidentifikation	17
6 Schluss: Ergebnisse, offene Fragen und Empfehlungen für das weitere Vorgehen	21
Literatur	23

1 EINLEITUNG

Die Linke steckt in der Krise, einmal mehr. Was untrennbar mit einer weitaus breiteren Krise der außerparlamentarischen gesellschaftlichen Linken verbunden ist (Zelik 2022: 585 f.), verdichtete sich – sowohl eigenlogisch als auch symptomatisch – in der krachenden Wahlniederlage der Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2021. Von respektablen 9,2 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 rutschte die Partei vier Jahre später auf gerade einmal 4,9 Prozent und damit unter die neuralgische Fünf-Prozent-Marke ab (Kahrs 2021). Einzig die Direktmandate der Kandidat*innen Gregor Gysi, Gesine Löttsch und Sören Pellmann sicherten den Wiedereinzug in den Bundestag. Neben viel zitierten innerparteilichen Konfliktlinien und Querelen (Zelik 2022) ist es die fehlende Verankerung der Linkspartei in den unteren (lohnarbeitenden wie auch nicht-lohnarbeitenden) Klassen, die wiederholt als zentrales Problem identifiziert wird (Dörre 2022; Westheuser/Beck 2022). Dies ist umso besorgniserregender, da sich im Zuge der multiplen kapitalistischen Krisen der vergangenen Jahre die realweltlichen Ansatzpunkte linker Politik eigentlich vervielfacht haben (Demirović 2022: 608). Kurz gesagt: Die linken Potenziale sind da, sie können aber an der Wahlurne kaum umgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Ausgangslage befasst sich die vorliegende Literaturstudie mit den politischen Orientierungen und dem Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Auf der Grundlage einer qualitativen Analyse relevanter Publikationen, insbesondere aus der empirischen Wahlforschung seit Anfang der 2000er-Jahre, wird drei zentralen Fragestellungen nachgegangen: (1) Welche Untersuchungen, Studien und Publikationen liefern seriöse Aussagen über die politischen Orientierungen sowie über das Wahlverhalten von Menschen mit einer familiären Einwanderungsgeschichte? (2) Lassen sich aus den vorliegenden Untersuchungen Schlussfolgerungen zum Verhältnis von politischer Orientierung der Befragten einerseits und ihrer sozioökonomischen Stellung wie auch ihrer migrationsspezifischen Erfahrungen andererseits ziehen? (3) Welche weiteren, zunächst «migrationsunspezifischen» Erklärungsfaktoren – etwa formaler Bildungsgrad, Alter, Geschlecht oder sexuelle Orientierung – beeinflussen die politische Orientierung und das Wahlverhalten von Wahlberechtigten mit familiärer Einwanderungsgeschichte? Ausgehend von diesen Fragestellungen gehe ich wie folgt vor: Nach einem kurzen Überblick über den Umfang der Literaturstudie und die ihr zugrunde liegende Methodik (Abschnitt 2) folgt eine thematische Annäherung an das Themenfeld Wahlverhalten von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Deutschland. Nach einer knappen kritischen Einordnung des Begriffs Migrationshintergrund (Abschnitt 3.1) wird ein Überblick über die wichtigsten Herkunftsländer und -gruppen gegeben (Abschnitt 3.2); im Anschluss wird die zunehmende Bedeutung «migrantischer Wähler*innenstimmen» in Deutschland diskutiert (Abschnitt 3.3) und die empirische Datenlage bezüglich des Wahlverhaltens von Bürger*innen mit familiärer Einwanderungsgeschichte zusammenfassend dargestellt (Abschnitt 3.4). Auf dieser Grundlage erfolgt in den beiden nächsten Abschnitten die eigentliche Analyse. Diese unterteilt sich in den Themenkomplex *Wahlbeteiligung* von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte (Abschnitt 4) und *Wahlverhalten* von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte (Abschnitt 5). Abschnitt 6 fasst die gesammelten Erkenntnisse abschließend zusammen, weist auf verbleibende Leerstellen hin und entwickelt Empfehlungen für das weitere Vorgehen.

2 METHODIK

Die vorliegende Literaturstudie beruht auf der qualitativen Inhaltsanalyse von 21 einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen zum Thema Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Das Gros der gesichteten Literatur sind Studien aus der akademisch orientierten empirischen Wahlforschung einerseits (etwa Goerres et al. 2018; Wittlif et al. 2022; Wüst 2002) und Publikationen politiknaher Forschungsinstitutionen und Stiftungen andererseits (etwa Pokorny 2016; Wüst/

Faas 2018), wobei in beiden Bereichen mitunter dieselben Autor*innen das Diskursfeld bestimmen. Ausgewählt wurden die Publikationen auf der Grundlage einer ersten Stichwortsuche in der Suchmaschine Google Scholar. Diese erste «Kerngruppe» relevanter Studien erlaubte es, nach dem «Schneeballprinzip» weitere einschlägige Publikationen zu identifizieren. Insgesamt wurden so 21 Publikationen, die sich mit dem Wahlverhalten von Wähler*innen mit Migrationsgeschichte beschäftigen, berücksichtigt

und nach Maßgabe einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht. Der zeitliche Schwerpunkt lag dabei auf

dem Zeitraum ab Anfang der 2000er-Jahre bis Frühjahr 2023.

3 AUSGANGSPUNKTE

3.1 ZWISCHEN DIFFERENZ UND HOMOGENISIERUNG: ZUM BEGRIFF MIGRATIONS-HINTERGRUND

Während der Begriff Migrationshintergrund erstmals in den späten 1990er-Jahren von Ursula Boos-Nünning als wertneutralere Alternative zum stigmatisierten Begriff Ausländer*in in wissenschaftliche Debatten eingeführt wurde, bildet er erst seit 2005 eine offizielle statistische Kategorie in Deutschland (El-Mafaalani 2017: 467). Diese wird seither, etwa im jährlichen Mikrozensus des Statistischen Bundesamts, kontinuierlich erfasst. Im Zuge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 stellte die Einführung des Begriffs Migrationshintergrund zugleich den Versuch dar, den von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen relativen Erleichterungen im Einbürgerungsrecht statistisch Rechnung zu tragen (Karakayali/Bouali 2021: 8; Wüst/Faas 2018: 5). Nach der Definition des Statistischen Bundesamts «gilt als Person mit Migrationshintergrund, wer die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt oder wer mindestens einen Elternteil hat, auf den dies zutrifft» (Wittliff et al. 2022: 336). Dieser Definition folgend besaß im Jahr 2019 rund jede*r vierte Einwohner*in Deutschlands einen Migrationshintergrund, also 21,2 Millionen Menschen oder 26 Prozent der Bevölkerung. Unter den etwa 60 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland wiederum besitzt jede*r achte einen Migrationshintergrund, dies entspricht 7,5 Millionen Menschen oder 12,5 Prozent aller Wahlberechtigten (Wittliff et al. 2022: 336 f.).

Obwohl der Begriff Migrationshintergrund einen diskursiven Fortschritt gegenüber dem abwertenden Begriff Ausländer*in darstellt, ist auch er keineswegs unproblematisch. Ohne auf die diversen Kritiken und Befürwortungen des Begriffs ausführlicher eingehen zu können, sei zumindest auf einen Kernwiderspruch hingewiesen, der in der Debatte wiederholt zutage tritt. So weisen Kritiker*innen des Begriffs darauf hin, dass mit der Kategorie Migrationshintergrund eine problematische, potenziell rassialisierende Markierung und Fremdzuschreibung von Personen einher-

gehe. Dies gelte insbesondere dann, wenn damit Menschen gemeint sind, deren Sozialisation vorrangig oder ausschließlich in Deutschland stattgefunden hat (etwa El-Mafaalani 2017; Kunz 2015). Dem steht das Argument gegenüber, dass die empirische Erfassung der Kategorie Migrationshintergrund dazu beitragen kann, jene realen Differenzen und Diskriminierungen in der Bevölkerung sichtbar zu machen, die mit einer Einwanderungsbiografie oftmals einhergehen (vgl. Karakayali/Bouali 2021: 8). DaCosta et al. (2021) bringen diesen grundsätzlichen Widerspruch zwischen migrantischer Selbstermächtigung und staats-statistischer Fremdzuschreibung im Kontext des Vereinigten Königreichs und der dort lange Zeit vorherrschenden (jedoch keineswegs unumstrittenen) BAME-Kategorie¹ auf den Punkt:

«Counting and categorisation is a double-edged sword; as well as offering a basis for «ethnic pride» and national identification, we know that such markers of difference, through processes of «othering», have acted as a proxy for determining moral worth, superiority/inferiority, and belonging/non-belonging. Whereas the former deployment of ethnic differentiation has been driven by a desire to promote equality and social justice, the latter use has served as a tool for the justification of inequality, racism, «ethnic cleansing» and genocide.» (DaCosta et al. 2021: 11)

Jenseits dieser Widersprüchlichkeit bleibt jedoch unbestritten, dass mit der empirischen Kategorie Migrationshintergrund die Gefahr einer methodischen Simplifizierung einhergeht, die jene gesellschaftlichen historischen Prozesse und geografischen Komplexitäten, die einer familiären Einwanderungsgeschichte in aller Regel zugrunde liegen, hinter einer verallgemeinernden Sammelkategorie verschwinden lässt. Individuelle und gruppenspezifische Migrationserfahrungen entlang verschiedener historischer Migrationssysteme – etwa «Arbeitsmigration» nach Ende des Zweiten Weltkriegs (Bojadžijev 2008; Weis 2023), «Ausiedlermigration» nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (Wittliff et al. 2022: 337 f.) oder «Flucht-

¹ BAME steht für *Black, Asian and Minority Ethnic* und geht aus der zuvor vorherrschenden Bezeichnung BME (*Black and Minority Ethnic*) hervor. Beide Kategoriensysteme können bis in die 1970er-Jahre zurückverfolgt werden. Für eine differenzierte und kritische Diskussion des BAME-Begriffs vgl. ausführlich DaCosta et al. (2021).

migration» etwa im Zuge der andauernden Kriege in Syrien und der Ukraine (BAMF 2023; Gülzau et al. 2022a) – verkomplizieren das Bild zusätzlich (Wüst 2011: 158). Wie Serhat Karakayali und Celia Bouali festhalten, zeigt die Kategorie Migrationshintergrund in diesem Sinne eine soziale Position an, «hinter der sich gesellschaftliche Prozesse und Strukturen verbergen, die entlang dieser Kategorie Ungleichheit hervorbringen und zementieren: prekarisierende Migrationsregime, Arbeitsmarktsegmentierungen, Exklusion und Diskriminierung im Bildungssystem und rassistische Debatten und Bewegungen» (Karakayali/Bouali 2021: 7). Umso bedeutsamer ist es, im Auge zu behalten, dass schon allein die Sichtbarmachung und mehrheitsgesellschaftliche Anerkennung migrationspezifischer Ungleichheiten – geschweige denn ihre zu erhoffende Überwindung – von den Betroffenen immer wieder selbst eingefordert und in politischen, betrieblichen und anderen selbstorganisierten Auseinandersetzungen aktiv erkämpft werden muss (Bojadžijev 2008).

3.2 DEUTSCHE MIT MIGRATIONSHINTERGRUND: DIE WICHTIGSTEN HERKUNFTSLÄNDER UND -GRUPPEN

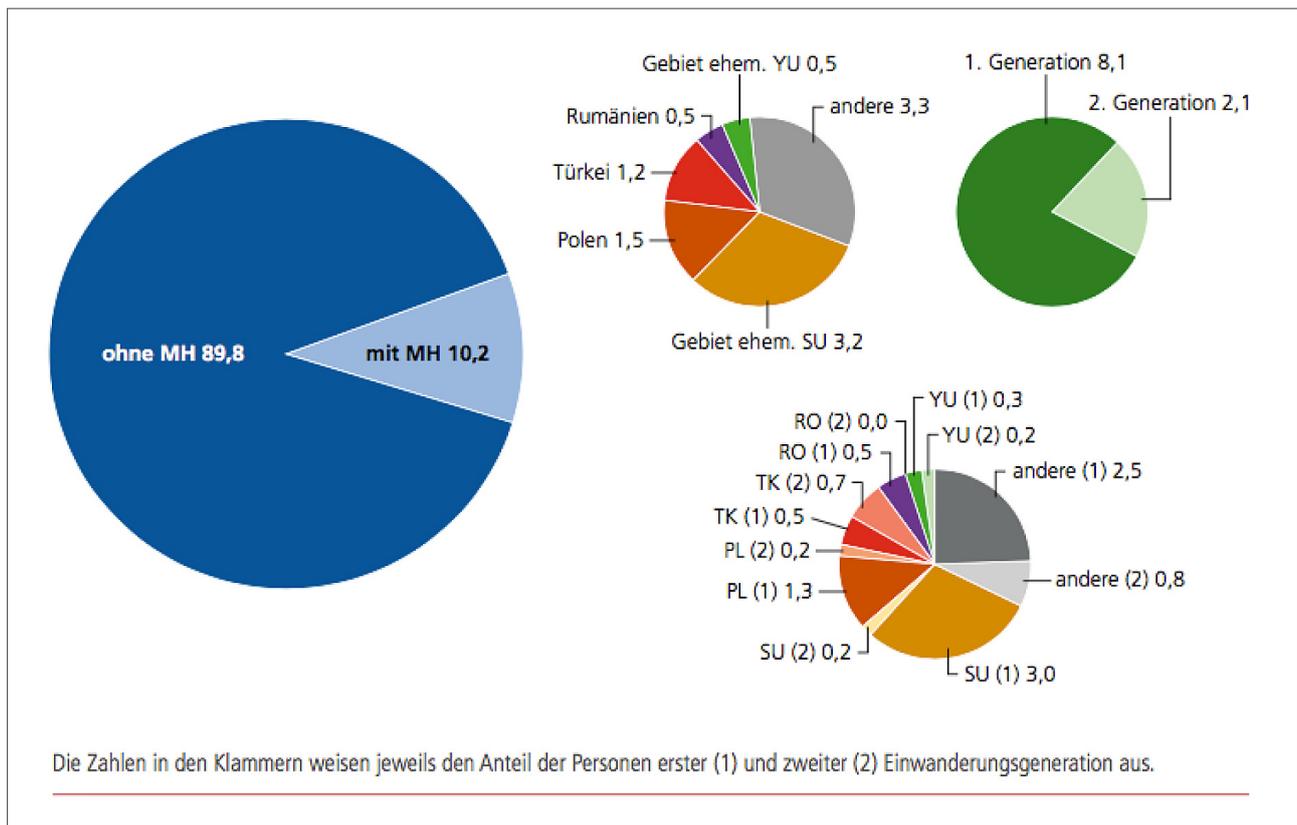
Etwa ein Viertel der deutschen Bevölkerung besitzt einen Migrationshintergrund: Der Mikrozensus 2021 gibt einen Anteil von 27,5 Prozent an (Statistisches Bundesamt 2023: 39). Etwa die Hälfte dieser Personen – also circa 12,5 Prozent – besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft und damit das allgemeine Wahlrecht (Wittlif et al. 2022: 336). Mit diesem Personenkreis – Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen – befasst sich Abschnitt 3.2. Der ebenso große Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und somit von der politischen Willensbildung ausgeschlossen sind, wird im Folgenden nicht berücksichtigt (siehe Abschnitt 4). In absolute Zahlen übersetzt bedeuten die obigen Werte, dass von den etwa 60 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland rund 7,5 Millionen entweder selbst nach Deutschland eingewandert sind («erste Generation») oder als Kinder von mindestens einem Elternteil mit Migrationserfahrung geboren wurden («zweite Generation») (Wittlif et al. 2022: 337). Den mit Abstand größten Anteil, nämlich fast ein Drittel aller Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund, macht die Gruppe der sogenannten Spät-/Aussiedler*innen aus (Wüst/Faas 2018: 7).² In genauer Definition handelt es sich hierbei um «Personen deutscher

Abstammung und deren Familienangehörige, die auf Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes nach 1950 vornehmlich aus den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie aus der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten nach Deutschland übergesiedelt sind» (Wittlif et al. 2022: 338). Unterschieden wird hierbei zwischen (Alt-)Aussiedler*innen, die bis einschließlich 1992 eingebürgert wurden (und hauptsächlich aus Polen, der UdSSR und Rumänien kamen), und Spätaussiedler*innen, die seit 1993 anerkannt wurden und fast ausschließlich (zu über 97 Prozent) aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland einwanderten (Wittlif et al. 2022: 338). Insgesamt ergeben sich nach Wüst und Faas (2018: 7) folgende Verteilungen: Die größte Gruppe der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in Deutschland bilden, wie erwähnt, Spät-/Aussiedler*innen aus der ehemaligen Sowjetunion (3,2 Prozent aller Wahlberechtigter in Deutschland).³ Es folgen Wahlberechtigte mit polnischem (1,5 Prozent) und türkischem Migrationshintergrund (1,2 Prozent). Eingebürgerte aus Rumänien und den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien machen je 0,5 Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland aus. Heute stammen also etwa zwei Drittel aller Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund aus diesen fünf Ländern; das restliche Drittel verteilt sich allerdings auf eine Vielzahl weiterer EU- und Nicht-EU-Staaten, was auf die angesprochene enorme Heterogenität des Begriffs Migrationshintergrund verweist (Wüst/Faas 2018: 7). Zusammengefasst ergibt sich ein Anteil von 10,2 Prozent der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in Deutschland im Jahr 2016 (siehe Abb. 1). Weithin gruppenübergreifend können außerdem die folgenden Beobachtungen gemacht werden: In Bezug auf das Verhältnis von erster und zweiter Migrationsgeneration fällt erstens auf, dass der Großteil aller Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund (8,1 Prozent der insgesamt 10,2 Prozent) über eine *eigene* Migrationserfahrung verfügt, also der ersten Generation zuzurechnen ist (Wüst/Faas 2018: 7). Eine Ausnahme stellen Wahlberechtigte mit türkischem und italienischem Migrationshintergrund dar, bei denen die zweite Generation deutlich stärker vertreten ist: «Während von allen Menschen mit Migrationshintergrund nur ein Drittel in Deutschland geboren ist, trifft dies für 52 Prozent der Türkeistämmigen und für 43,5 Prozent der Italienstämmigen zu» (El-Mafaalani 2017: 469; ähnlich: Wüst/Faas 2018: 7 f.). Zweitens zeigt sich ein deutliches Ost-West-Gefälle: «Während es 2013 mit Ausnahme Berlins im Osten keine Wahlkreise mit einem nennenswerten Anteil an Wahlberechtigten mit Migrationshin-

2 Wittlif et al. geben an, dass «Spät-/AussiedlerInnen und ihre Nachkommen [...] insgesamt etwa die Hälfte der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund aus[machen]» (2022: 338).

3 Dazu gehören Spät-/Aussiedler*innen aus dem heutigen Russland (1,2 Prozent) und aus dem heutigen Kasachstan (1,2 Prozent).

Abbildung 1: Zusammensetzung der Wahlberechtigten nach Migrationshintergrund, Herkunftsgebiet und Generation 2016



Quelle: Wüst/Faas 2018: 7

tergrund gab, liegen die entsprechenden Anteile im Westen durchweg höher» (Wüst/Faas 2018: 8). Drittens schließlich kann ein ebenso prägnantes Stadt-Land-Gefälle ausgemacht werden: «In insgesamt elf Wahlkreisen – alle in Großstädten – lag der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund über einem Fünftel der Wahlberechtigten insgesamt.» (Wüst/Faas 2018: 8) In Stuttgart und Frankfurt am Main etwa waren laut Mikrozensus 2005 «jeweils etwa 15 Prozent der Bevölkerung Deutsche mit Migrationshintergrund» (Schönwälder 2009: 833). Beide Gefälle – Ost-West und Stadt-Land – sind in der kartografischen Darstellung der deutschen Wahlkreise aus dem Jahr 2013 deutlich erkennbar (siehe Abb. 2).

Abschließend sei erwähnt, dass die anstehenden Einbürgerungen von Geflüchteten aus Syrien (Gülzau et al. 2022a) und, mit etwas zeitlichem Abstand, Geflohener aus der Ukraine aller Voraussicht nach weitere relevante Gruppen von Wähler*innen mit Migrationshintergrund darstellen werden (BAMF 2023). In Bezug auf Geflüchtete aus der Ukraine bleibt indes abzuwarten, wie sich die Kriegssituation sowie die ökonomische Lage in der Ukraine in den kommenden Jahren entwickeln werden. In den gesichteten Studien der empirischen Wahlforschung spielten beide Gruppen noch keine Rolle.

3.3 ZUR WACHSENDEN BEDEUTUNG «MIGRANTISCHER» WÄHLER*INNEN

Bei der Bundestagswahl 2021 besaßen von den etwas mehr als 60 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland etwa 13 Prozent – oder 7,9 Millionen Menschen – einen eigenen oder familiären Migrationshintergrund (Goerres et al. 2022a: 6). Dies ist das Ergebnis einer stetigen Steigerung des Anteils der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund über die vergangenen Jahre und Jahrzehnte (Mayer et al. 2021: 82 f.; Wüst/Faas 2018: 5). Wie der sprichwörtliche rote Faden zieht sich der Befund der zunehmenden Bedeutung der Wähler*innen mit Migrationshintergrund durch nahezu alle einschlägigen Publikationen (Goerres et al. 2022a: 5 f.; Schönwälder 2009: 833; Wüst 2014: 119). Grob lässt sich dabei mit einem Zuwachs von etwa 100.000 Einbürgerungen pro Jahr rechnen (Wittlif et al. 2022: 338 f.), wobei diese Zahl in den kommenden Jahren steigen dürfte. Sowohl die anstehenden Einbürgerungen syrischer (und anderer) Kriegsgeflüchteter, die seit 2015 nach Deutschland kamen, als auch die geplante Absenkung von Einbürgerungshürden durch die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP deuten darauf hin, dass die Zahl der jährlichen Einbürgerungen nochmals deutlich steigen könnte (Gülzau et al. 2022a;

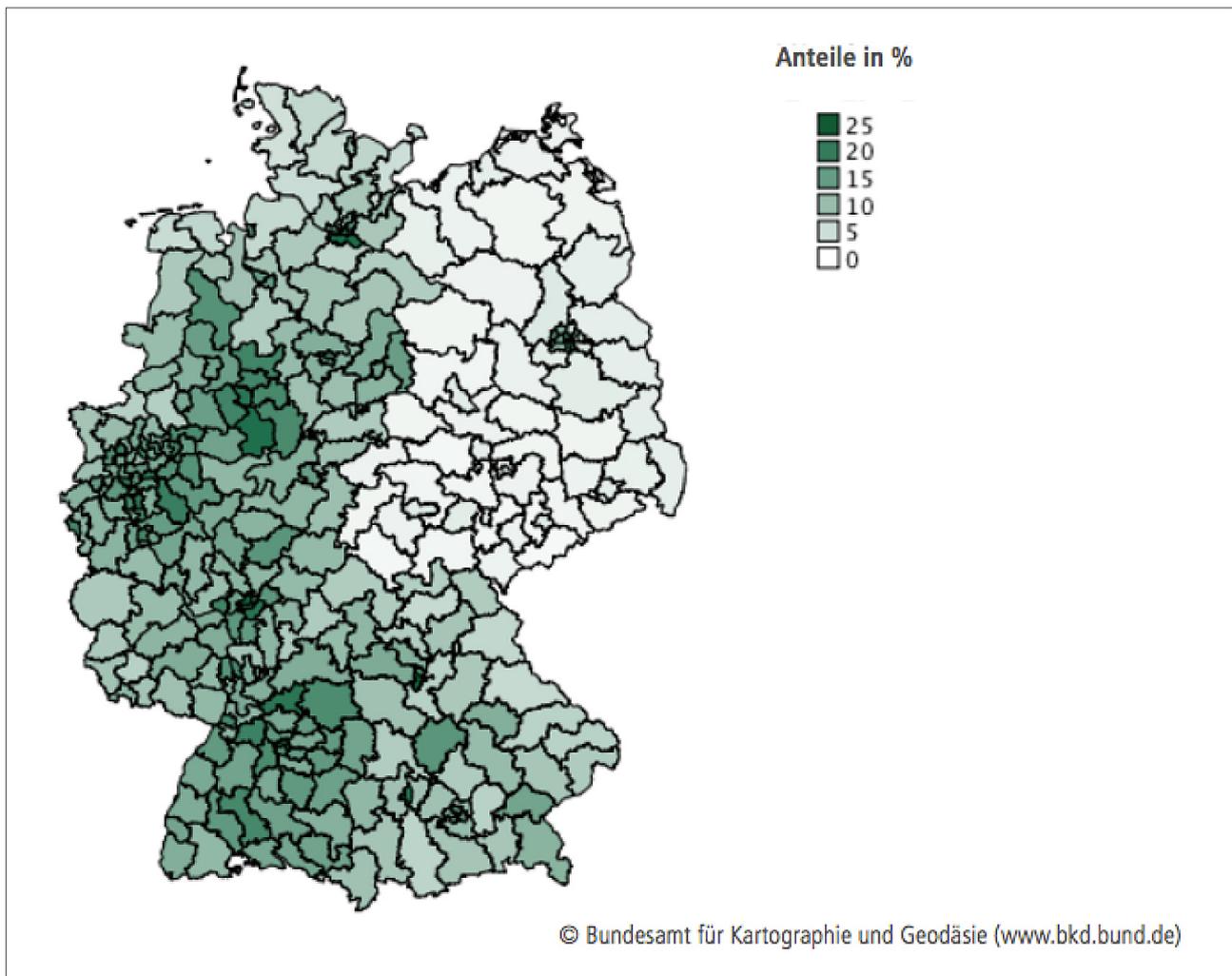
tagesschau.de 2023). Im Jahr 2021 waren es dementsprechend bereits mehr als 131.000 Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft und damit das allgemeine Wahlrecht erhielten (Gülzau et al. 2022a: 6). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das «Gewicht, das Wähler mit Migrationshintergrund im Hinblick auf Wahlergebnisse potenziell in die Waagschale werfen können, [...] in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen» ist (Wüst 2011: 157).

Der Zuwachs «migrantischer» Wähler*innenstimmen hat verschiedene Ursachen (vgl. Wittlif et al. 2022: 338 f.). Wie bereits angedeutet, spielt erstens die steigende Anzahl jährlicher Einbürgerungen eine wichtige Rolle. Hier kommt dynamisierend hinzu, dass in den kommenden Jahren zunehmend mehr Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, die im Zuge des «Sommers der Migration» zwischen 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben werden. Wie Gülzau et al. (2022a: 4 f.) feststellen, leben derzeit mehr als 1,8 Millionen Menschen

aus humanitären Gründen in Deutschland. Ein Drittel dieser Gruppe sind syrische Staatsangehörige, die wegen des anhaltenden Bürgerkriegs aus ihrem Heimatland geflohen sind. Auf Grundlage der fehlenden Rückkehrperspektive errechnen die Autoren drei Szenarien kommender Einbürgerungsraten syrischer Geflüchteter in Deutschland. Zwischen 2022 und 2024 könne es, je nach Szenario, zu «insgesamt 39.000, 101.000 bzw. 157.000 Einbürgerungen von Syrerinnen und Syrern kommen» (2022a: 5). Mit anderen Worten: Allein «syrische» Einbürgerungen haben in den kommenden Jahren das Potenzial, die gewohnte jährliche Einbürgerungsrate von 100.000 zu erreichen bzw. zu durchbrechen.

Zweitens wurde das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht gelockert. Auch wenn Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin ein sehr restriktives Einbürgerungsregime besitzt (Doublet 2014: 92 f.; Kroh/Tucci 2009: 821), haben verschiedene gesetzliche Anpassungen die historisch hohen Einbürgerungshürden in Deutschland teilweise abgesenkt.

Abbildung 2: Anteil Wahlberechtigter mit Migrationshintergrund in Wahlkreisen 2013 (Datengrundlage: Zensus 2011)



Quelle: Wüst/Faas 2018: 8

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 1999/2000 etwa erhalten Kinder von dauerhaft in Deutschland lebenden «Ausländer*innen» im Normalfall die deutsche Staatsbürgerschaft (Wittlif et al. 2022: 338; Wüst/Faas 2018: 5). Nichtsdestotrotz bleibt Deutschland, wie Martin Kroh und Ingrid Tucci betonen, «eines der wenigen OECD-Länder, in denen nur eine Minderheit der Personen mit Migrationshintergrund die jeweilige Staatsangehörigkeit besitzt» (2009: 821). Trotz (oder gerade aufgrund) des restriktiven Status quo sind auch in naher Zukunft weitere relative Lockerungen des deutschen Einbürgerungsrechts zu erwarten. Entsprechende Pläne sind im Koalitionsvertrag der rot-grün-gelben Regierung festgeschrieben und werden seit November 2022 öffentlich debattiert. Vorgesehen sind unter anderem die Herabsetzung der Mindestaufenthaltsdauer von bisher acht auf zukünftig fünf beziehungsweise drei Jahre. Zudem soll der für Einbürgerungen notwendige Sprachnachweis bei Menschen ab 67 Jahren teilweise entfallen (tagesschau.de 2022). Zusammen mit den anstehenden Einbürgerungen aus dem «Sommer der Migration» 2015 ist somit zu erwarten, dass der Anteil von Wähler*innen mit Migrationshintergrund in Deutschland weiter und mit zunehmender Geschwindigkeit steigen wird.

Trotz oftmals geringerer Wahlbeteiligung von Bürger*innen mit familiärer Einwanderungsgeschichte (siehe Abschnitt 4 unten) bleibt festzuhalten, dass die relative Bedeutung von Menschen mit Migrationshintergrund bei Wahlen in Deutschland in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat. Ein ähnlicher oder sich dynamisierender Trend ist auch in Zukunft zu erwarten.

3.4 DÜNN BIS NICHT VORHANDEN: DIE DATENLAGE

Die Forschung zum Wahlverhalten von Migrant*innen steckt in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Obwohl seit Ende der 1990er-Jahre ein zunehmendes Interesse an der Wahlbeteiligung und am Wahlverhalten migrantischer Bevölkerungsgruppen zu beobachten ist (grundlegend: Wüst 2002), stellen nahezu alle sondierten Publikationen einen frapierenden Datenmangel heraus, der die Forschung vor große Probleme stellt (Müssig/Worbs 2012: 12 f.; Schönwälder 2009: 837; Wüst 2011: 59 f.; Wüst/Faas 2018: 5). Empirisch fundierte Aussagen über das Wahlverhalten von Bürger*innen mit familiärem Migrationshintergrund, die über allgemein diagnostizierte Tendenzen hinausgehen, zu treffen, bleibt schwierig. Eine (teilweise) Ausnahme stellen Studien zu den zwei größten Gruppen von Wähler*innen mit Migrationshintergrund in Deutschland dar: Deutsche mit (post-)sowjetischem Hintergrund und türkeistäm-

mige Deutsche (vgl. Goerres et al. 2018; Goerres et al. 2022b). Abgesehen von der etwas besseren Datenlage bei diesen zwei Gruppen bleibt die Erforschung migrantischen Wahlverhaltens in Deutschland jedoch äußerst lückenhaft. Die vorhandenen Daten, so etwa der zusammenfassende Befund von Andreas M. Wüst und Thorsten Faas, «ermöglichen es nur in Ansätzen und meist auch nur für große Teilgruppen (Russlanddeutsche, Türkeistämmige), zentralen Forschungsfragen nachzugehen» (2018: 21).

Die dünne Datenlage wird auf unterschiedliche Weise erklärt (Wüst 2011: 159 f.). Erstens ist die Gruppe der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in Deutschland vergleichsweise klein. Trotz der zunehmenden *relativen* Bedeutung migrantischer Wähler*innenstimmen bleiben Wähler*innen mit Migrationshintergrund in *absoluter* Hinsicht eine Minderheit, was zu grundlegenden Problemen des Datensamplings führt (Wüst 2011: 160). Diese Forschungshürde wird zweitens dadurch erhöht, dass der weit gefasste Begriff Migrationshintergrund die enorme innere Heterogenität dieser Gruppe weitestgehend verschleiert (El-Mafaalani 2017). Diese Heterogenität erhöht jedoch den Erhebungsaufwand für empirische Studien deutlich (Wittlif et al. 2022: 351). Drittens spielt die Selbstwahrnehmung einer weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft eine Rolle, die Deutschland jahrzehntelang als vermeintliches «Nichteinwanderungsland» sah und dies auch medial aktiv proklamierte (kritisch Bojadžijev 2008; Weis 2023: 58). Auch dieses verzerrte Selbstbild mag eine Erklärung für das lange Desinteresse der deutschen Wahlforschung an den potenziellen Spezifika «migrantischen Wahlverhaltens» sein (Schönwälder 2009: 833; Wüst 2011: 160).

Wie in Abschnitt 3.1 bereits angesprochen, ist viertens die grundlegende Problematik mitzudenken, dass mit der empirischen Erfassung und Kategorisierung migrantischer Gruppen immer auch die Gefahr einer ethnischen Essentialisierung einhergeht. Diese Zweischneidigkeit ist in Deutschland in historisch besonderer Weise zu betrachten (Liebscher 2023). Denn gerade vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus und seiner «Rassengesetze» ist es denkbar, dass in der deutschsprachigen Wahlforschung lange Zeit eine gewisse Vorsicht gegenüber ethnischen Zuschreibungen vorherrschte. Auch dies könnte ein – durchaus nachvollziehbarer, wenn auch in der Literatur leider nicht explizit thematisierter – Erklärungsfaktor für die vergleichsweise dünne Datenlage bezüglich «migrantischen Wahlverhaltens» in Deutschland sein.

Nichtsdestotrotz gibt es mittlerweile eine solide Anzahl teils regelmäßig durchgeführter empirischer Erhebungen, die ihren Fokus auf das Wahlverhalten von Deutschen mit Migrationshintergrund legen (zur Übersicht vgl. Müssig/Worbs 2012: 13 ff.; Wüst/Faas

2018: 10 f.). Den im Folgenden aufgeführten Erhebungen kommt eine besonders wichtige Rolle zu.

■ **ZDF-Politbarometer 1999**

Eine erste Erfassung migrationspezifischen Wahlverhaltens und politischer Einstellungen erfolgte im Jahr 1999 durch die von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführten Politbarometer-Befragungen des ZDF. Der existierende Fragenkatalog wurde damals um zusätzliche Variablen erweitert, sodass Personen mit und ohne Migrationshintergrund spezifisch erfasst werden konnten (Wüst 2002: 78).

■ **Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) (2001)**

Auch der Integrationssurvey des BiB bietet eine der ersten Erhebungen der politischen Einstellungen sowie der politischen Partizipation von Bürger*innen mit Migrationshintergrund. Die Studie beruht auf der Befragung von Deutschen ohne Migrationshintergrund sowie (teils eingebürgerten) Migrant*innen aus der Türkei und Italien. Aus den drei Gruppen wurden jeweils circa 1.200 Menschen zu Themen der politischen Partizipation, nicht jedoch zu ihrem spezifischen Wahlverhalten befragt (Haug/Diehl 2005).

■ **European Social Survey (ESS)**

Der ESS wird von der European Science Foundation (ESF) durchgeführt und seit 2002 in zweijährigem Abstand in 30 europäischen Ländern erhoben. Der aktuellste Datensatz stammt aus dem Jahr 2020. Für die deutsche Teilstudie werden etwa 3.000 Befragte nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Da Geburtsland und Staatsangehörigkeit abgefragt werden, ist eine Differenzierung nach Migrationshintergrund möglich.

■ **German Longitudinal Election Study (GLES)**

Die GLES oder auch «Deutsche Wahlstudie» wird seit 2009 durchgeführt. Zentrales Erhebungsinstrument ist die mündliche Befragung von 4.200 zufällig ausgewählten wahlberechtigten deutschen Bürger*innen. Eine Feststellung des Migrationshintergrunds ist möglich, da Geburtsland, eventuelle frühere Staatsbürgerschaft sowie die Staatsbürgerschaft der Eltern abgefragt werden.

■ **SVR-Integrationsbarometer**

Seit 2010 führt der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) das sogenannte SVR-Integrationsbarometer durch (Gülzau et al. 2022b). Im Abstand von zwei Jahren werden nach dem Zufallsprinzip Wahlberechtigte mit und ohne Migrationshintergrund ausgewählt. Im Jahr 2018 waren es 9.000, im Jahr 2020 bereits 15.000 Befragte. Dabei unterscheiden die Studien zwischen Menschen ohne Migrationshintergrund, (Alt-)Aussiedler*innen, Spätaussiedler*innen, Türkeistämmigen, Zuwander*innen aus dem EU-Ausland sowie

Immigrant*innen aus anderen Herkunftsländern (Wittlif et al. 2022: 343).

■ **Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)**

Das SOEP wird seit 1984 jährlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführt (Goebel et al. 2019). Neben Fragen zur allgemeinen Lebensführung und Haushaltszusammensetzung gehören auch politische Präferenzen und Parteienneigungen zur Umfrage. Eine Besonderheit der Studie, die heute etwa 30.000 Teilnehmer*innen umfasst, besteht darin, dass jedes Jahr dieselben Menschen befragt werden. Während alle Teilstichproben des SOEP Rückschlüsse auf Menschen mit Migrationshintergrund zulassen, sind die Teilbereiche B und D explizit auf diese ausgerichtet. Differenziert wird dabei nach türkischer, italienischer, spanischer, griechischer und jugoslawischer Nationalität (Müssig/Worbs 2012: 14).

■ **Immigrant German Election Studies (IMGES I und II)**

Die IMGES wurden zur Bundestagswahl 2017 ins Leben gerufen und von Wissenschaftler*innen der Universitäten Duisburg-Essen und Köln konzipiert. Alleinstellungsmerkmal dieser Erhebungsreihe ist, dass gezielt nur Deutsche mit Migrationshintergrund – insgesamt etwa 1.000 – zu ihrem Wahlverhalten befragt werden. Allerdings umfasste dies in der ersten Studie von 2017 nur deutsche Staatsbürger*innen mit entweder russischer oder türkischer Herkunft erster oder zweiter Generation (Goerres et al. 2018: 1 f.). 2021 wurde im Zuge der Bundestagswahl die IMGES II durchgeführt.

Trotz dieser regelmäßig durchgeführten Erhebungen bleibt die Datenlage in der empirischen Wahlforschung dünn. Das gilt umso mehr mit Blick auf die politischen Einstellungen und das Wahlverhalten von Bürger*innen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. Auffällig ist dabei zum einen, dass die gesichtete Literatur kaum auf Migrant*innen eingeht, die insbesondere seit dem «Sommer der Migration» 2015 aus Ländern wie Syrien, Iran, Irak und Afghanistan nach Deutschland kamen (als Ausnahme vgl. Gülzau et al. 2022a). Zum anderen ist bemerkenswert, dass (Arbeits-)Migrant*innen aus Süd- und Osteuropa und insbesondere aus Polen nahezu keine gesonderte Beachtung in der Literatur erfahren. Gerade mit Blick auf Polen ist dies umso irritierender, da das Land nach der ehemaligen Sowjetunion das zweitgrößte Herkunftsland von Migrant*innen in Deutschland darstellt (Wüst/Faas 2018: 7). Wüst und Faas fassen den ungleichen Forschungsstand in Bezug auf verschiedene Herkunftsländer folgendermaßen zusammen:

«So gibt es jenseits der weithin bekannten, großen Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderern (Russland-deutsche und Türkeistämmige), die derzeit Gegenstand

intensiverer Forschungsanstrengungen sind [...], zunehmend neue Gruppen, deren politisches Verhalten weitgehend unerforscht ist. Hierzu zählen vor allem Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Osteuropa ohne deutsche Wurzeln seit der EU-Osterweiterung (seit 2004) und solche aus Südeuropa infolge der Finanz- und Eurokrise (seit 2007).» (Wüst/Faas 2018: 21)

An diesen wie an anderen Stellen wird es zukünftige Aufgabe der Forschung sein, auch die politischen Einstellungen weithin unerforschter Gruppen näher zu beleuchten.

4 ZUR WAHLBETEILIGUNG VON MENSCHEN MIT FAMILIÄRER MIGRATIONSGESCHICHTE

Die Wahlbeteiligung von Bürger*innen mit familiärer Migrationsgeschichte ist ein wesentlicher thematischer Bezugspunkt der empirischen Wahlforschung und dementsprechend wiederkehrendes Erkenntnisobjekt zahlreicher Studien (Goerres et al. 2018: 4 f.; Goerres et al. 2022a; Mayer et al. 2021; Wittlif et al. 2022: 340 f.; Wüst 2011; Wüst/Faas 2018: 13–16). Als zentraler Befund kann die Existenz einer *immigrant participation gap* festgehalten werden: Die Wahlbeteiligung bei Wahlberechtigten mit familiärer Migrationsgeschichte liegt deutlich unterhalb derjenigen von Bürger*innen ohne Migrationserfahrung (Mayer et al. 2021: 84). Diese Lücke kann mit etwa 15 bis 20 Prozentpunkten beziffert werden, das heißt, die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist in Deutschland 15 bis 20 Prozent niedriger als diejenige von Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Wahlbeteiligungslücke, die auch in anderen OECD-Ländern in unterschiedlicher Stärke identifiziert wird (Bird et al. 2011: 25–65), tritt sowohl auf bundesweiter als auch auf Länderebene auf. So stellen Mayer et al. mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 und ihre zwei größten migrantischen Wähler*innengruppen fest:

«Im Schnitt liegt die berichtete Wahlbeteiligung mit 74 Prozent für Deutsche aus der Türkei und 67 Prozent bei Russlanddeutschen etwa 15 bis 20 Prozentpunkte unterhalb der berichteten Wahlbeteiligung der Mehrheitsbevölkerung in der deutschen Nachwahlstudie 2017 (89 %).» (Mayer et al. 2021: 84)

Zu beachten ist hier, dass die von Mayer et al. angegebenen Prozentwerte keineswegs die tatsächliche Wahlbeteiligung wiedergeben, sondern die in Umfragen *berichtete* Wahlbeteiligung. Die von der

Bundeswahlleiterin ermittelte Wahlbeteiligung für die Bundestagswahl 2017 lag bei 76,2 Prozent.⁴ Wie bereits erwähnt, tritt die *immigrant participation gap* auch auf Länderebene auf. Für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 kann ebenfalls von einer typischen Partizipationslücke von 15 bis 20 Prozentpunkten ausgegangen werden (Goerres et al. 2022a: 6). Vergleichbare Werte finden sich zudem in einer Studie aus Baden-Württemberg aus dem Jahr 2014 (Fick et al. 2014; Wüst/Faas 2018: 13).

Die *immigrant participation gap* verlangt nach systematischen Erklärungsansätzen. Hier hat sich das sogenannte *Civic Voluntarism Model* nach Verba et al. (1995) als wiederkehrender theoretischer Erklärungsrahmen herauskristallisiert. Da die Anzahl an Variablen, die für die Erklärung individueller Wahlbeteiligung herangezogen werden, mittlerweile kaum noch zu überblicken ist (Mayer et al. 2021: 85), hat sich das *Civic Voluntarism Model* als hilfreiche Heuristik herausgebildet. So ist es mithilfe des Modells gelungen, vorhandene Variablen entlang der drei übergeordneten Strukturzusammenhänge (1) *Ressourcenausstattung* (Wahlberechtigte «können wählen»), (2) *Motivation* («möchten wählen») sowie (3) *Mobilisierung* («sollen wählen») zu bündeln und im Sinne einer übersichtlicheren Gesamtschau zusammenzuführen (Goerres et al. 2022a: 7–10; Mayer et al. 2021: 85 f.; Wüst/Faas 2018: 12).

Es lohnt sich, diese drei bestimmenden Faktoren etwas näher aufzufächern.⁵ In Bezug auf die Ressourcenausstattung individueller Wähler*innen werden insbesondere der formale Bildungsgrad, der Erwerbsstatus und das Lebensalter als vorrangige Variablen betrachtet, wobei bei Menschen mit Migrationserfahrung die Dimensionen der Aufenthaltsdauer sowie (vorhandene oder fehlende) Sprachkenntnisse als

4 Die tatsächliche Wahlbeteiligung liegt meist unter den berichteten Wahlbeteiligungszahlen, da hier davon ausgegangen werden kann, dass Dynamiken der sozialen Erwünschtheit die Umfrageergebnisse nach oben verfälschen. Kurz gesagt: Befragte Nichtwähler*innen wollen in der Situation der Befragung der Norm des Wählens entsprechen und geben somit fälschlicherweise an, an der Wahl teilgenommen zu haben, obwohl sie eigentlich nicht wählen waren.

5 Für eine nochmals deutlich ausführlichere Aufschlüsselung vgl. Goerres et al. (2022a: 7–10).

wichtige Erklärungsfaktoren hinzutreten (Wüst/Faas 2018: 12). Insgesamt wird die Dimension der Ressourcenausstattung auch mit dem Sammelindikator der «internen Wirksamkeit» verknüpft, also der «subjektive[n] Beurteilung der eigenen Fähigkeit, politische Fragen verstehen zu können» (Wüst/Faas 2018: 12). Ist diese Fähigkeit (zum Beispiel aufgrund fehlender Sprachkenntnisse) nicht oder nur in geringem Maß vorhanden, sinkt die Chance einer Wahlbeteiligung deutlich (Wüst/Faas 2018: 16).

Der «internen Wirksamkeit» steht zweitens die Motivation von Wähler*innen beziehungsweise ihre «externe Wirksamkeit» gegenüber. Diese bezeichnet die subjektive Wahrnehmung, ob und bis zu welchem Grad die eigene Stimmabgabe einen Einfluss auf konkretes Regierungshandeln hat. In den Worten von Goerres et al. geht es dementsprechend um «die Abwägung, ob sich für die Bürger*innen mit einem Regierungswechsel etwas zum Positiven ändert, also ob beispielsweise mehr finanzielle Zahlungen zu erwarten sind oder andere Präferenzen erfüllt werden» (2022a: 8). Als wichtige Indikatoren gelten hierfür ein individuelles Wahlpflichtgefühl sowie die Gewohnheit (Habitation), in regelmäßigem Turnus wählen zu gehen. Hinzu kommt aus migrationsspezifischer Sicht der wichtige Indikator, ob Diskriminierungserfahrungen aufgrund der eigenen Herkunft gemacht wurden (Goerres et al. 2022a: 8).

Schließlich ist mit der Dimension der Mobilisierung ein dritter wichtiger Erklärungszusammenhang benannt. «Die Mobilisierung von Wahlberechtigten», so Wüst und Faas, «erfolgt grundsätzlich durch Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten, zumeist vermittelt über Medien oder aber im persönlichen Kontakt» (2018: 12). Mit Blick auf letztere Dimension ergänzen Goerres et al., dass «vor allem politische Gespräche mit Partner*innen, Freund*innen, Bekannten und Kolleg*innen oder die direkte Ansprache im Wahlkampf mobilisierende Wirkung entfalten» (2022a: 9). Dementsprechend wird hier der «soziale Nahraum» – sei es am Arbeitsplatz oder im familiären und nachbarschaftlichen Umfeld – zu einer wichtigen Größe, was sich wiederum in Variablen wie «feste Partnerschaft», «Teilnahme an religiösen Zusammenkünften», «Mitgliedschaft in ethnischen Organisationen» sowie der «geografischen Wohnortverteilung» widerspiegelt (Goerres et al. 2022a: 9). Grundsätzlich, so Wüst und Faas (2018: 16; ähnlich Mayer et al. 2021: 94), habe sich das *Civic Voluntarism Model* bei der Erklärung der Wahlbeteiligung von Bürger*innen ohne und mit Migrationsgeschichte gleichermaßen bewährt, wobei bei Letzteren migrationsspezifische Erklärungsfaktoren zu allgemeingültigen Erklärungszusammenhängen ergänzend hinzutreten. Auf drei Variablen, die bei der Wahlbeteiligung von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte besonders ins Gewicht fallen, möchte ich im Folgenden genauer eingehen.

Es handelt sich um die Faktoren Aufenthaltsdauer, eventuelle Diskriminierungserfahrungen sowie Herkunftsland.

Die Aufenthaltsdauer spielt in Bezug auf die Wahlbeteiligung eine strukturierende Rolle. Denn die *immigrant participation gap* verkleinert sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer – oder anders ausgedrückt: «Je länger Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit ihrer Wahlbeteiligung.» (Wüst/Faas 2018: 16) Eine wahlberechtigte Person, die erst fünf Jahre oder kürzer in Deutschland lebt, hat eine Wahlwahrscheinlichkeit von nur 50 Prozent. Diese Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung steigt nach einem Aufenthalt von fünf bis 20 Jahren auf 64 Prozent, bei über 20 Jahren Aufenthalt liegt sie bereits bei 80 Prozent und damit auf dem Niveau von Bürger*innen ohne Migrationshintergrund (Wüst/Faas 2018: 16). Die wiederkehrende Feststellung, dass Migrant*innen erst nach einiger Zeit ihr Wahlrecht zunehmend wahrnehmen, erhält doppelte Relevanz dadurch, dass Deutsche mit Einwanderungsgeschichte im Schnitt jünger sind als die Gesamtbevölkerung.

Parallel zur Aufenthaltsdauer lassen sich ähnliche Beobachtungen mit Blick auf den Indikator Sprachkenntnisse machen. Je besser sie sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung. Diese Befunde sind auch international etabliert (Goerres et al. 2022a: 7 f.; Mayer et al. 2021: 86).

Zweitens ist mit Blick auf die Wahlbeteiligung von Menschen mit familiärer Migrationserfahrung von Belang, ob Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Herkunft gemacht wurden. Wüst und Faas weisen auf einen negativen Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen und Wahlbeteiligung hin:

«Innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund liegt die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung bei 79 Prozent, wenn keine Diskriminierungserfahrungen vorliegen, dagegen nur bei 59 Prozent, wenn es Diskriminierungserfahrungen gibt, die mit dem Migrationshintergrund verknüpft sind.» (Wüst/Faas 2018: 16)

Zwar kommen andere Studien zu dem Ergebnis, dass die Variable «Diskriminierung» keinen wesentlichen eigenen Einfluss auf die Wahlbeteiligung betroffener Personen hat (Mayer et al. 2021: 95), allerdings ist hier die methodische Frage zu prüfen, welche Variable den Fakt der Diskriminierungserfahrung zum Ausdruck bringt. Denn Diskriminierungserfahrungen können sich ebenso in Variablen wie «Zufriedenheit mit dem politischen System» oder «Empfinden der eigenen Einflussmöglichkeit» widerspiegeln, was andersherum dazu führt, dass die Variable «Diskriminierung» an Erklärungskraft einbüßt (Goerres et al. 2022a: 9). Der grundlegende Zusammenhang aber bleibt derselbe: Menschen, die sich aufgrund ihrer

Null-Faktoren, für deren Wirken es keine Evidenz zur Erhöhung der Wahlbeteiligung gibt

- Kandidat*innen mit dem gleichen Migrationshintergrund

Positiv-Faktoren

- zur Erhöhung der absoluten Zahl der Wähler*innen: Wahlrecht für nicht-deutsche Ausländer*innen
- zur Erhöhung der absoluten Zahl der Wähler*innen: Unterstützung der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit
- Unterstützung der Erstwähler*innen
- Politische Bildung als Ersatz für häusliche Mobilisierung
- Mobilisierung durch Organisationen, die keine Parteien sind

noch zu untersuchende Faktoren

- Ansprache von Wähler*innen über ihren Migrationshintergrund unter Einsatz weiterer Sprachen und symbolischer Instrumente
- mehr und andere Informationen zur Beantragung und zum Ausfüllen der Briefwahlunterlagen
- bessere Optik der Wahlanschreiben und Infobriefe
- Unterstützung der Registrierung beim Einwohnermeldeamt und in den Wahlverzeichnissen

Herkunft benachteiligt fühlen, werden seltener an der Wahlurne zu finden sein. Dies gilt, wie Ceyhan (2012) weiter differenziert, noch deutlicher für die erste als für die zweite Generation.

Drittens spielt das Herkunftsland eine Rolle, und zwar in zweierlei Hinsicht (Wüst/Faas 2018: 13). Zum einen kann die politische Sozialisation im Herkunftsland insofern von Bedeutung sein, da das Aufwachsen in einer liberalen Demokratie – im Gegensatz zur Sozialisation in einem autokratisch geprägten Herkunftsland – wahlfördernd wirkt. Zum anderen ist zu beobachten, dass es eher große Migrant*innengruppen in Deutschland sind, die von einer gezielten Mobilisierung profitieren. Kleine migrantische Gruppen werden seltener von Parteien oder anderen öffentlichen Instanzen direkt angesprochen. Ein solches gezieltes Ansprechen übt jedoch einen erheblichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung auf. Wüst und Faas (2018: 13 f.) stellen fest, dass – je nach Herkunftsgruppe – die direkte Ansprache einer migrantischen Community zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung – gemessen als der geschätzte Wert der Wahlbeteiligung *mit* und *ohne* direkte Ansprache – oftmals im zweistelligen Bereich liegt. Während für das Herkunftsland Polen etwa «nur» eine Steigerung um 9 Prozent identifiziert

wird, liegt dieser Wert für das Herkunftsland Türkei bei 17 Prozent und für Italien gar bei 25 Prozent.

Hieran anknüpfend entwickeln Goerres et al. (2022a: 11–15) hilfreiche Maßnahmen, um die Wahlbeteiligung in migrantischen Communitys durch gezielte Mobilisierungsangebote kurzfristig zu erhöhen.⁶ Insgesamt listen die Autor*innen zehn konkrete Maßnahmen auf, deren Effekt auf die tatsächliche Wahlbeteiligung jedoch nicht gleichermaßen empirisch erforscht und nachgewiesen ist. Dementsprechend erfolgt dann auch eine vorsorgliche Einteilung der vorgeschlagenen Maßnahmen in die Kategorien «kein nachweisbarer Effekt», «Positiv-Faktoren» und «noch zu untersuchende Faktoren» (siehe Info-Box 1). Die Autor*innen schätzen, dass konkrete Mobilisierungsstrategien durchaus zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung im unteren einstelligen Prozentbereich führen könnten. So sei es etwa denkbar, «die Wahlbeteiligung unter Bürger*innen mit Migrationsgeschichte, beispielsweise durch eine lokale Intervention, im Schnitt um 3 bis 4 Prozentpunkte zu erhöhen» (2022a: 11). Bezogen auf die Stadt Duisburg, dem Erhebungsort der IMGES-II-Studie zur Bundestagswahl 2021 (Goerres et al. 2022b), würde man bei einer derartigen Steigerung der migrantischen Wahl-

⁶ Langfristige Faktoren – etwa die formale Bildung inklusive der Verknüpfung mit strukturellem Rassismus im Bildungssystem – werden in der Studie nicht weiter thematisiert, was die Autor*innen auch explizit betonen (Goerres et al. 2022a: 11).

beteiligung bei folgenden absoluten (jedoch nach wie vor geschätzten) Zahlen landen:

«Angewendet auf die Stadt Duisburg hätte dies bei der Bundestagswahl 2021 wie folgt ausgesehen: Nach unseren Schätzungen haben von den 63.000 Wahlberechtigten mit Migrationsgeschichte etwa 67 Prozent bei der Bundestagswahl gewählt. [...] Das entspricht 42.200 Wahlstimmen. Bei einer Erhöhung um weitere 4 Prozentpunkte auf 71 Prozent kämen weitere 2.500 Wahlstimmen dazu. Unter bestimmten Gruppen wie Erstwähler*innen mit Migrationsgeschichte sind noch etwas höhere Effekte zu erwarten.» (Goerres et al. 2022a: 11)

Trotz des beachtlichen Potenzials, das die Autor*innen den vorgeschlagenen Maßnahmen einräumen, verbinden sie damit jedoch keineswegs eine gleichzeitige Umgestaltung des Wahlergebnisses. Denn dafür «müssten alle diese zusätzlichen Wahlstimmen auch einen ähnlichen Wahlinhalt haben, um konzentriert wirken zu können» (Goerres et al. 2022a: 11). Davon sei jedoch kaum auszugehen. Nichtsdestotrotz bieten Goerres et al. mit ihren Vorschlägen eine empirisch belastbare Grundlage für zunehmende mediale Debatten rund um das Demokratiedefizit eines bundesdeutschen und ländereigenen Wahlsystems, das Bewohner*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft systematisch von der politischen Willensbildung ausschließt. Die Artikelserie «Endstation Demokratie?» des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), die im Zuge der (Nach-)Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021 bzw. 2023 entstanden ist, mag hier als exemplarischer Verweis dienen (Maier-Borst 2023). Insgesamt, so der übergreifende Konsens in der Literatur, lässt sich die *immigrant participation gap* nur als Kombination migrationspezifischer wie migrations-

unspezifischer Faktoren erklären. Entsprechend wird auch das *Civic Voluntarism Model* der empirischen Wahlforschung als geeignetes Analyseinstrument betrachtet, das die Wahlbeteiligung von Menschen mit als auch ohne Migrationserfahrung vorherzusagen vermag (Goerres et al. 2022a: 11). Dementsprechend fallen bei beiden Gruppen die drei Strukturkategorien Ressourcen (formaler Bildungsgrad, ökonomische Stellung, Alter), Motivation (subjektives Gefühl, etwas verändern zu können) und Mobilisierung (direkte Ansprache) grundlegend am stärksten ins Gewicht. Hinzu kommen bei Wähler*innen mit Migrationshintergrund die drei Einflussfaktoren Aufenthaltsdauer, eventuelle Diskriminierungserfahrungen sowie Herkunftsland.

Wie sich diese migrationsunspezifischen und migrationspezifischen Faktoren gegenseitig verschränken und beeinflussen, wird in der gesichteten Literatur leider nicht genauer aufgeschlüsselt. Ein eindeutiges Fazit und eine trennscharfe Aufteilung einerseits klassenspezifischer, andererseits migrationspezifischer (oder auch etwaiger anderer) Differenzkategorien bleibt daher schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Auf Grundlage des derzeitigen Forschungsstands muss vielmehr davon ausgegangen werden, dass klassen- und migrationspezifische Erklärungsfaktoren dynamisch ineinandergreifen und sich in historisch spezifischer Weise immer wieder neu verknüpfen. Eine klarere Ausdifferenzierung nach klassen- und migrationspezifischen Erklärungsmustern kann im Rahmen dieser Literaturstudie daher nicht vollzogen werden. Dies müsste – verbunden mit einer tieferen methodischen und theoretischen Reflexion der Verschränktheit von Klasse, Rassismus und Migration – Thema einer detaillierteren qualitativen empirischen Untersuchung sein (siehe Abschnitt 6).

5 ZUM WAHLVERHALTEN VON MENSCHEN MIT FAMILIÄRER MIGRATIONSGESCHICHTE

Die empirische Wahlforschung greift bei der Erfassung der politischen Präferenzen von Wahlberechtigten mit und ohne Migrationshintergrund grundsätzlich auf ähnliche Analysemodelle zurück. Wie Wüst und Fass schreiben, haben «Analysen der Wahlentscheidung einzelner Migrantengruppen gezeigt, dass die üblichen Erklärungsansätze der Wahlforschung hier durchaus greifen» (2018: 17). Generelle Erklärungsfaktoren umfassen soziodemografische Merkmale wie etwa «Alter, Geschlecht, Bildungsniveau und Haushaltseinkommen sowie politische Einstellungen, Wertorientierungen, Links-Rechts-Position, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Konfession» (Witt-

lif et al. 2022: 347). Zu diesen allgemeinen Variablen, die bei Wahlberechtigten mit wie ohne Migrationshintergrund Erklärungskraft entfalten, kommen – wie bei der Wahlbeteiligung – weitere, dezidiert migrationspezifische Erklärungsfaktoren hinzu. Zu nennen sind hier allen voran Einflüsse wie die politische Sozialisation im Herkunftsland (etwa: liberale Demokratie oder autokratische Regierung, Grad der sozialen Mobilisierung und des öffentlichen Protests), migrationspezifische Sozialisationserfahrungen im Einwanderungsland, Erfahrungen der Unterstützung, aber auch Diskriminierung, die migrations- und einwanderungspolitische Verortung bestimmter Par-

teien sowie schließlich die parlamentarische Präsenz von Abgeordneten mit Migrationshintergrund innerhalb bestimmter Parteien (vgl. Wüst/Faas 2018: 17). Als primäres Analysemodell für die Frage der Wahlentscheidung hat sich innerhalb der empirischen Wahlforschung das sogenannte Ann-Arbor- oder Michigan-Modell etabliert (Campbell et al. 1960; Wüst 2014: 120). Demnach hängt die Wahlentscheidung – also die Entscheidung für eine bestimmte Partei oder eine*n Kandidat*in bei einer Wahl – entlang des sogenannten «Kausalitätstrichters» von drei zentralen Einflussfaktoren ab: (1) der Beurteilung politischer Sachfragen, (2) der Bewertung der zur Wahl stehenden Kandidat*innen und (3) der Parteiidentifikation (Wittlif et al. 2022: 339). Letzterem Faktor kommt eine übergeordnete Bedeutung zu. Denn, so Wittlif et al., die Parteiidentifikation «prägt und moderiert [...] die Wahrnehmung politischer Themen und Ereignisse und beeinflusst dadurch die ersten beiden Faktoren maßgeblich» (2022: 339; ähnlich: Lau/Redlawsk 2001). Das Michigan-Modell schreibt (oftmals lang anhaltenden) individuellen wie auch gruppenspezifischen Parteiidentifikationen somit eine besonders ausgeprägte Funktion für die Wahlentscheidung zu.⁷ Dies hat nicht zuletzt mit einer gewissen Komplexitätsreduktion zu tun, die langfristige Parteiidentifikationen leisten: Anstatt vor einer Wahl die Programme und Kandidat*innen aller Parteien genauer in Augenschein nehmen zu müssen, bietet sich Wähler*innen mit langfristiger Parteiidentifikation eine Strategie erheblicher «Informations-Abkürzung» (Kroh 2019: 458; vgl. auch Popkin 1991: 50 ff.; Shively 1979). Martin Kroh fasst den Zusammenhang zwischen langfristiger Parteiidentifikation, kurzfristigeren politischen Sachfragen und letztendlicher Wahlentscheidung zusammen:

«Das sogenannte Michigan-(oder Ann-Arbor-)Modell der Wahlforschung beschreibt die Parteiidentifikation als affektive Bindung der Wähler an eine Partei, die insbesondere in der frühen, familiären Sozialisation erworben wird. Die Parteiidentifikation bleibe im Lebenslauf weitgehend stabil, färbe die Wahrnehmung und Beurteilung aktueller politischer Sachfragen und Kandidaten parteipolitisch und beeinflusse schließlich die Wahlentscheidung maßgeblich.» (Kroh 2019: 458)⁸

Entlang des vom Ann-Arbor-Modell postulierten «Entscheidungstrichters» diskutiere ich im Folgenden die drei Faktoren der Beurteilung von politischen Sachfragen (Abschnitt 5.1), der zur Wahl stehenden Kandidat*innen (Abschnitt 5.2) sowie des Vor-

handenseins einer individuellen Parteiidentifikation (Abschnitt 5.3).

5.1 POLITISCHE SACHFRAGEN

Mit Blick auf den im Michigan-Modell verankerten Faktor der Bewertung politischer Sachfragen ergibt sich ein komplexes, teils widersprüchliches Bild. Ein erster Befund der empirischen Wahlforschung besagt: Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund haben durchaus sehr ähnliche Vorstellungen davon, welche relative Wichtigkeit bestimmte politische Themenfelder besitzen (Wüst 2002: 186 ff.; 2006: 233). In einer neueren Studie stellt Wüst (2014: 121–124) einzig in Bezug auf die drei Themenfelder «Rente», «Zuwanderung» und «innere Sicherheit» signifikante Unterschiede zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Wähler*innen fest, wobei das Themenfeld Rente für Deutsche ohne Migrationshintergrund relevanter zeichnet, während Fragen der Migration und inneren Sicherheit für Deutsche mit Migrationshintergrund größere Bedeutung einnehmen. Insgesamt aber, so Wüst, «lässt sich festhalten, dass es keine gravierenden Unterschiede in der politischen Agenda von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund gibt» (2014: 124). Allerdings muss hier bedacht werden, dass eine dichotome statistische Analysebrille, die einzig zwischen den Kategorien *mit* und *ohne Migrationshintergrund* unterscheidet, gravierende Differenzen innerhalb aller Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund verschleiern kann.

Denn statistisch stellt sich hier das Problem, dass Spät-/Aussiedler*innen und ihre Nachkommen etwa die Hälfte aller Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in Deutschland ausmachen (Wittlif et al. 2022: 338). Historisch unterlagen Spät-/Aussiedler*innen einem weitaus privilegierten Migrationssystem als sogenannte «Gastarbeiter*innen», die seit den 1950er-Jahren aus Süd- und Osteuropa, insbesondere aus der Türkei, nach Deutschland kamen (Bojadžijev 2008; Weis 2023; Wittlif et al. 2022: 350 f.). Spät-/Aussiedler*innen wiederum, so Wittlif et al., «kamen ihrem Selbstverständnis nach und auch im rechtlichen Sinne nicht als Migrant*innen nach Deutschland, sondern als ethnische Deutsche, die in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren» (2022: 350). Auch wenn statistisch nicht eindeutig belegt, ist es vor diesem historischen Hintergrund mehr als plausibel, dass das Themenfeld Migration – verbun-

7 Für eine ausführliche Einordnung des Ann-Arbor-Modells sowie eine Diskussion alternativer Erklärungsansätze – allen voran des sogenannten revisionistischen Ansatzes, der Gewohnheitsbildung sowie des Ansatzes sozialer Identitäten – vgl. Kroh (2019: 460–466).

8 Anzumerken ist, dass die politische Sozialisation keineswegs nur im Sozialraum der Familie erfolgen muss, sondern auch in anderen, eventuell «späteren» Sozialräumen stattfinden und sich somit auch wandeln kann – etwa durch Erfahrungen und sozialen Austausch am Arbeitsplatz.

den mit Dynamiken des Rassismus, der Ausgrenzung und der Diskriminierung – deutlich mehr Relevanz für Deutsche mit Migrationshintergrund besitzt, die nicht zur vergleichsweise «privilegierten» Gruppe der Spät-/Aussiedler*innen gehören (Wittlif/Litta 2016: 6 f., 21 f.; Wüst 2014: 123). Dies legen auch Erhebungen nahe, denen zufolge türkeistämmige Deutsche sich deutlich seltener als Deutsche identifizieren als Deutsche ohne Migrationshintergrund einerseits (14 zu 63 Prozent) und als Spät-/Aussiedler*innen (48 Prozent) andererseits (Goerres et al. 2022b: 2).

Es bleibt daher auszugehen, dass das politische Themenfeld Migration gerade von jenen Teilen der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund genauer ins Auge gefasst wird, deren (familiäre) Migrationsgeschichte und Lebensrealität in Deutschland mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen verknüpft sind (Wittlif/Litta 2016: 21 f.; Wüst/Faas 2018: 19 f.). In diesem Sinne besagt ein zweiter, auch international wiederholt anzutreffender Befund (Bird et al. 2011: 66–106; Messina 2006), dass Migrant*innen nicht nur überdurchschnittlich oft Parteien der politischen Linken⁹ zuneigen, sondern dass diese Tendenz mit den verhältnismäßig migrationsfreundlichen Positionierungen dieser Parteien erklärt werden kann (Wüst 2003: 38; Wüst/Faas 2018: 17 f.). Insbesondere Wittlif et al. (2022: 348 ff.) gehen detaillierter auf diesen Zusammenhang ein. Als Ausgangspunkt dient ihnen die empirisch gestützte Beobachtung (Dancygier/Margalit 2019; Givens/Luedtke 2005; Natter et al. 2020), dass sich linke Parteien öfter und insgesamt glaubwürdiger für die Rechte und Anliegen migrantischer Bevölkerungsteile einsetzen:

«Beispielsweise gewähren linke Parteien eher Arbeits-, Sozial- und Staatsbürgerschaftsrechte für bereits Zugewanderte oder weiten diese aus. Zudem thematisieren Mitte-links-Parteien in ihren Parteiprogrammen häufiger die Themen Gleichbehandlung sowie Toleranz und Rassismus, während Mitte-rechts-Parteien häufiger die Themen Sprache und Abschiebungen behandeln. Bis in die 2000er-Jahre unterschieden sich die Parteigruppen dabei auch in ihrer Tonalität, wobei sich Mitte-links-Parteien positiver gegenüber Migration und Integration äußerten als Mitte-rechts-Parteien.» (Wittlif et al. 2022: 348 f.)

Gerade die migrationspolitische Rolle und Wandlung der SPD ist mit Blick auf die vergangenen drei Jahrzehnte aufschlussreich. Über viele Jahrzehnte hinweg galt die SPD als politische Heimat jener Einwander*innen und ihrer Familien, die aus sogenannten Anwerbeländern – Türkei, Jugoslawien, Spanien,

Italien, Griechenland und Portugal – nach Deutschland kamen. Spätestens ab den 1970er-Jahren fand die SPD hier großen Zulauf (Kroh/Tucci 2009: 821; Schmidtke 2016: 2 f.). Auch wenn dieser Trend weiterhin besteht,¹⁰ hat er sich seit Mitte der 2010er-Jahre doch merklich abgeschwächt. Wittlif et al. (2022: 349) erklären dies vor allem mit den insgesamt nach rechts driftenden migrationspolitischen Positionierungen der SPD (ausführlich: Schmidtke 2016). Diese hätten sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten zunehmend der CDU und FDP angenähert. In die resultierende migrationspolitische Lücke links der SPD konnten sowohl Die Grünen als auch DIE LINKE stoßen. Mit Bezug auf Letztere halten Wittlif et al. fest: «Gerade DIE LINKE scheint von der Abkehr einiger Zuwanderergruppen von der SPD zu profitieren: Unter Türkeistämmigen und Zuwanderergruppen aus der EU gaben 2018 knapp 20 % eine Präferenz für diese Partei an.» (2022: 349)

Genauer aufgeschlüsselt liefern Wittlif et al. (2022: 344) auf Grundlage des SVR-Integrationsbarometers 2018 folgende Zahlen zu den Parteipräferenzen verschiedener Wähler*innengruppen: Während Deutsche ohne Migrationshintergrund nur zu 9,2 Prozent der Partei DIE LINKE zuneigten, verdoppelt sich dieser Wert bei türkeistämmigen Deutschen auf 18,4 Prozent. Für Migrant*innen aus der EU liegt der Wert auf ebenfalls hohen 18,5 Prozent. Ebenso zeigen die Wahlerhebungen der migrationspezifischen IMGES-I- und IMGES-II-Studien, die im Zuge der Bundestagswahlen 2017 und 2021 durchgeführt wurden, überproportionale Zustimmungswerte für DIE LINKE in der deutsch-türkischen Bevölkerung. Für die Bundestagswahl 2017 wurden 16 Prozent (Goerres et al. 2018: 6), vier Jahre später 13 Prozent ermittelt (Goerres et al. 2022b: 14).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die politischen Anliegen von Wähler*innen mit Migrationshintergrund teilweise deutlich von der politischen Agenda von Wähler*innen ohne Migrationshintergrund unterscheiden. Politische Sachfragen sind demnach ein wichtiger Faktor bei der Wahlentscheidung von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte. Insbesondere das Themenfeld Migration, Diskriminierung und Rassismus spielt hier eine wichtige Rolle.

5.2 KANDIDAT*INNEN

Die Beurteilung zur Wahl stehender Kandidat*innen markiert ein weiteres gängiges Kriterium zur Erklärung «migrantischen» Wahlverhaltens (Wüst/Faas

⁹ Hiermit sind im deutschen Kontext die SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE gemeint.

¹⁰ Goerres et al. (2022b: 14) etwa attestieren der SPD auf Grundlage der IMGES-II-Erhebungen in Duisburg 39 Prozent der Wähler*innenstimmen «türkeistämmiger» Deutscher bei der Bundestagswahl 2021 gegenüber 34 Prozent bei Deutschen ohne Migrationshintergrund und 30 Prozent bei Spät-/Aussiedler*innen.

2018: 17). Jedoch zeigt die Wahlforschung auch hier ein keineswegs einheitliches Bild. Einerseits legen verschiedene nationale (Herbolsheimer/Wüst 2012; Wüst 2006: 232; Wüst 2016) wie auch internationale Studien (Bergh/Bjørklund 2011) nahe, dass Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund durchaus zur Wahl von Kandidat*innen mit ähnlicher Migrationsgeschichte neigen (dazu ausführlich: Dinnebieer et al. 2023). Mehr anekdotisch, jedoch deswegen nicht weniger bemerkenswert, ist in diesem Zusammenhang die Feststellung von Goerres et al. (2022b: 13), dass die Partei Team Todenhöfer, die im Bundestagswahlkampf 2021 von prominenten Persönlichkeiten türkischer Herkunft wie etwa dem Fußballprofi Mesut Özil unterstützt wurde, beachtliche Erfolge bei türkeistämmigen Deutschen erzielen konnte. In der in Duisburg durchgeführten IMGES-II-Studie kam die Partei bei Wähler*innen mit türkischem Migrationshintergrund auf etwa 6 Prozent.¹¹ Auch wenn dies darauf hindeutet, dass Kandidat*innen mit ähnlicher Migrationsgeschichte eine größere «Identifikationsfläche» für entsprechende Wähler*innen bieten, kann auch hier keineswegs von einer eindeutigen Dynamik die Rede sein. So weisen Goerres et al. (2022b: 12) in ihrer Studie darauf hin, dass die deutsch-türkischen Kandidaten Mahmut Özdemir (Wahlkreis Duisburg I, SPD) und Mirze Edis (Wahlkreis Duisburg II, DIE LINKE) keinen Vorteil aus ihrer Herkunft bei Wähler*innen mit türkischem Migrationshintergrund ziehen konnten. In ähnlicher Weise geben Wittlif et al. zu bedenken, dass «im SVR-Integrationsbarometer 2018 herkunftsübergreifend über 90 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund an[geben], bei der Wahlentscheidung für eine Partei sei ihnen die thematische Ausrichtung wichtiger als die ethnische Herkunft der Kandidat*innen» (2022: 348). Dennoch, so die Autor*innen weiter, sei es plausibel, dass die vergleichsweise hohen Anteile von Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund bei Bündnis 90/Die Grünen (10 Prozent) und der LINKEN (18,8 Prozent) mitverantwortlich für die hohen Zustimmungswerte zu diesen Parteien unter Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund sind (Wittlif et al. 2022: 348).¹² Insgesamt kann von einer komplexen Wechselwirkung zwischen den oben diskutierten sachpolitischen Positionierungen der Parteien einerseits und

der personellen Repräsentation durch migrantische Abgeordnete andererseits ausgegangen werden (Phillips 1998; Wüst 2016). Die beiden «Pole» – politische Inhalte einerseits, personelle Repräsentation andererseits – lassen sich weder zur einen noch zur anderen Seite hin auflösen. Dementsprechend wäre es durchaus ratsam, die vergangenen Wahlen unter dem Aspekt von Kandidat*innen mit Migrationshintergrund näher zu beleuchten. Ebenso bieten sich die Oberbürgermeisterwahlen in Hannover und Frankfurt am Main an, bei denen mit Belit Onay (Bündnis 90/Die Grünen) und Mike Josef (SPD) jeweils Kandidaten mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte die Wahl für sich entscheiden konnten.

5.3 PARTEIIDENTIFIKATION

Wie oben beschrieben, markiert die Parteiidentifikation einen dritten, mitunter «überdeterminierenden» Einflussfaktor in der Wahlentscheidung.¹³ Als ausschlaggebend für die Herausbildung einer individuellen Parteiidentifikation nennt das Michigan-Modell sowohl die elterliche Sozialisation als auch das nahe soziale Umfeld (Kroh 2019: 470 f.). Umso bedeutsamer ist es, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten in der gesamtdeutschen Wähler*innenschaft nicht nur die Parteibindungen merklich verringert haben (Kroh 2019: 466), sondern auch, dass sich einige der teils Jahrzehnte andauernden «traditionellen» Parteibindungen migrantischer Wähler*innengruppen abgeschwächt haben (Mayer et al. 2021: 84 f.), was linksgerichteten Parteien und allen voran der LINKEN erhebliche Wahlpotenziale eröffnet (Wittlif et al. 2022: 343–346). Lange Zeit galt in Bezug auf die zwei bedeutenden und am detailliertesten erforschten Gruppen von Spät-/Aussiedler*innen einerseits und Immigrant*innen (und ihrer Nachkommen) aus den ehemaligen Anwerbestaaten (insbesondere türkeistämmige Deutsche) andererseits: Erstere zeigen eine starke Präferenz für die CDU/CSU, Letztere neigen zu weiten Teilen der SPD zu. Kleinere Parteien erhielten von keiner der beiden Gruppen nennenswerten Zulauf. Diese für lange Zeit als stabil angenommene Erkenntnis der Wahlforschung fassten Martin Kroh und Ingrid Tucci vor etwas mehr als einem Jahrzehnt so zusammen:

11 Hier müsste allerdings geklärt werden, wie das starke Abschneiden von Team Todenhöfer bei deutsch-türkischen Wähler*innen im Detail zustande kam. Zu fragen wäre etwa, ob schon allein der «Migrationshintergrund» als identitätsstiftender Marker eine Rolle spielte oder ob andere Faktoren – etwa ein positiver Türkei-Erdogan-Bezug, eine Anti-USA-Positionierung, national-religiöse Verortungen oder auch antirassistische Positionierungen – ausschlaggebend waren. Auf diese weiterführenden Fragen wird bei Goerres et al. (2022b: 13) leider nicht eingegangen.

12 Diese Prozentzahlen beschreiben den Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund innerhalb der jeweiligen Parteifractionen im 19. Deutschen Bundestag (2017–2021). Zum Vergleich: Die CDU/CSU kommt hier auf einen Wert von lediglich 2,9 Prozent (Wittlif et al. 2022: 348).

13 Ausführliche Überblicke über das Konzept «Parteiidentifikation» im deutschen wie auch im internationalen Kontext bieten Falter et al. (2000), Kroh (2019) sowie Ohr und Quandt (2012). Eine speziell auf die Parteibindungen von deutschen Wähler*innen mit Migrationshintergrund fokussierte Studie liefern Kroh und Tucci (2009). Ausgehend von Befragungen für die Bundestagswahl 2017 liefert Martin Kroh eine ungefähre numerische Einordnung über die relative Wichtigkeit der Parteiidentifikation für die letztliche Wahlentscheidung: «Von den Befragten des SOEP, die sowohl die Teilnahme an der Bundestagswahl berichten [...] als auch eine Parteiidentifikation, haben 85 Prozent die Partei gewählt, die ihrer Parteiidentifikation entspricht. Lediglich 15 Prozent trafen eine davon abweichende Wahlentscheidung.» (2019: 473)

«Menschen mit Migrationshintergrund [haben] je nach Herkunftsland sehr unterschiedliche Bindungen an die deutschen Parteien entwickelt [...]. Dies gilt auch nach vielen Jahren des Aufenthalts in Deutschland und sogar für die sogenannte zweite Generation. Personen aus den ehemaligen Anwerberländern – Türkei, Jugoslawien, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal – neigen in großer Mehrheit der SPD zu, (Spät-)Aussiedler der CDU/CSU. Die kleinen Parteien finden dagegen wenig Unterstützung durch Menschen mit Migrationshintergrund.» (Kroh/Tucci 2009: 821)

Ähnlich, und durchaus debattenprägend, sprach Wüst (2003: 37; 2006: 230 f.; 2011: 159) in diesem Zusammenhang lange Zeit von einem ethnisch-kulturellen Grundkonflikt – einer «cleavage» (Lipset/Rokkan 1967) – zwischen einem von der CDU/CSU besetzten *monokulturellen* und einem von der SPD (und später dann auch von anderen linkspolitischen Parteien) vertretenen *multikulturellen* Gesellschaftskonzept. Über mehrere Jahrzehnte hinweg, so Wüst, sei das Wahlverhalten migrantischer Wähler*innen in Deutschland von dieser Trennlinie geprägt gewesen: Spät-/Aussiedler*innen wählten – in Gestalt der CDU/CSU – vorwiegend im Sinne eines monokulturellen Gesellschaftsbildes, Wähler*innen aus ehemaligen Anwerberländern und insbesondere der Türkei überwiegend für eine multikulturelle Ausrichtung, die sie bei der SPD wiederfanden. Wie prägend diese Aufteilung noch Mitte der 2000er-Jahre war, zeigt Wüsts (2006: 231) Feststellung, dass die Berücksichtigung diverser soziodemografischer Differenzen *innerhalb* beider «Lager» die grundlegende Zweiteilung nur unwesentlich abschwächte (vgl. ausführlich Wüst 2002: 189–216).

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Martin Kroh und Ingrid Tucci: Unterschiedliche Parteibindungen bei Spät-/Aussiedler*innen einerseits und Migrant*innen aus ehemaligen Anwerberländern andererseits, so die beiden Wissenschaftler*innen,

«sind nicht durch Unterschiede in der sozialen Position oder in politischen Einstellungen zu erklären. Vielmehr liefern der Migrationshintergrund – und damit auch die Migrationsrahmenbedingungen – einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der Parteipräferenz von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen» (Kroh/Tucci 2009: 826).

Das heißt: Beim Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund kommen zum einen allgemeingültige Erklärungsfaktoren zum Tragen, die ebenso für Menschen ohne Migrationshintergrund gelten – etwa die soziale Lage oder die politische Orientierung. Zum anderen sind jedoch auch migrationspezifische Variablen unabdingbar, um das Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshinter-

grund zu erklären (ausführlich dazu: Wüst/Faas 2018: 20; Wittlif/Litta 2016: 826). Klassenspezifische und migrationspezifische Erklärungsmuster greifen im Kontext «migrantischer Parteiidentifikation» demnach untrennbar ineinander und können kaum – beziehungsweise nur auf Kosten einer drastischen Simplifizierung einer vielseitig komplexeren Realität – aufeinander reduziert werden.

Jenseits der schwer zu klärenden Frage eines Primats von «Klasse» einerseits oder von «Migrationserfahrung», allgemeinen Ordnungsvorstellungen und Gesellschaftsbildern andererseits sind sich neuere Studien einig, dass es in den vergangenen Jahren zu einer merklichen Aufweichung lange bestehender Parteibindungen bei Wähler*innen mit Migrationshintergrund gekommen ist (Goerres et al. 2018; Goerres et al. 2022b; Mayer et al. 2021: 84 f.; Wittlif et al. 2022: 343–346). So schreibt etwa Wüst in einer seiner jüngeren Publikationen: «It may well be that the cultural cleavage loses some of its explanatory power. Aussiedler do now seem to be more reluctant in supporting the CDU/CSU, and in other immigrant-origin groups the SPD does no longer dominate» (2016: 2). Wie oben in Bezug auf die migrationspolitische Wandlung der SPD diskutiert, profitieren insbesondere Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE sowie die AfD von den bröckelnden Parteiidentifikationen zwischen türkeistämmigen Deutschen und SPD einerseits und Spät-/Aussiedler*innen und CDU/CSU andererseits (Mayer et al. 2021: 84 f.; Wittlif et al. 2022: 345).

Eine Studie von Alex Wittlif und Henriette Litta (2016), die auf Daten aus dem SVR-Integrationsbarometer 2016 beruht, ist in diesem Kontext von besonderem Interesse, da sie die Parteibindungen von Wähler*innen mit Migrationshintergrund vergleichsweise detailliert nach Herkunftsregionen aufschlüsselt. So unterscheiden die Autor*innen zwischen den fünf Herkunftsgruppen (1) Spät-/Aussiedler*innen, (2) türkeistämmige Deutsche, (3) EU-Zuwander*innen (bis einschließlich 2000), (4) EU-Neuzuwander*innen (ab 2001) sowie (5) Zuwander*innen aus der «übrigen Welt». Dabei bestätigt sich zunächst die schwindende Bindung von Spät-/Aussiedler*innen an die CDU/CSU. Auch wenn die beiden Schwesterparteien bei dieser Gruppe immer noch einen Zustimmungswert von 45 Prozent erzielen, liegt dies doch deutlich unter den Werten aus den frühen 2000er-Jahren, als sie durchschnittlich 65 Prozent verbuchte (Wittlif/Litta 2016: 13). Entgegen den Ergebnissen aus jüngeren Erhebungen (insbesondere Wittlif et al. 2022) zeigt die Gruppe der türkeistämmigen Deutschen bei Wittlif und Litta (2016: 14) noch eine starke Bindung an die SPD, die hier – gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen (13,4 Prozent), DIE LINKE (9,6 Prozent) und CDU/CSU (6,1 Prozent) – einen Zustimmungswert von fast 70 Prozent vorweist. Bei der Gruppe der EU-Zuwander*innen (bis 2000), die von ehemaligen

«Gastarbeiter*innen» und ihren Nachkommen dominiert ist, liegt ebenfalls die SPD vorn (41,3 Prozent), gefolgt von CDU/CSU (29,1 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (15,5 Prozent) sowie DIE LINKE (6,9 Prozent) (Wittlif/Litta 2016: 14). Von besonderem Interesse ist hier die Gruppe der EU-Neuzuwander*innen, die bisher kaum erforscht wurde. Polnische Migrant*innen sind hier am stärksten vertreten, mit Rumänien und Bulgarien als nächstkleinere Herkunftsländer. Es ergibt sich folgende Verteilung: CDU/CSU (42,3 Prozent), SPD (24,5 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (12,4 Prozent), DIE LINKE (10,7 Prozent) (Wittlif/Litta 2016: 15).¹⁴ Trotz der in der zitierten Studie weiterhin hohen Zustimmungswerte von türkeistämmigen Deutschen zur SPD wird ein tendenzielles Aufbrechen etablierter Parteiidentifikationen bereits im SVR-Integrationsbarometer 2016 deutlich.

Neuere Studien bestätigen diesen Trend. So ermittelte die IMGES-I-Umfrage, die im Zuge der Bundestagswahl 2017 durchgeführt wurde, bei Spät-/Aussiedler*innen nurmehr einen Zustimmungswert von 27 Prozent für die CDU/CSU, an zweiter Stelle kommt DIE LINKE (21 Prozent), an dritter die AfD (15 Prozent). Bei türkeistämmigen Deutschen liegt die Zustimmung zur SPD nur noch bei 35 Prozent, ein Wert, der jedoch weiterhin deutlich über dem offiziellen Wahlergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017 (20,5 Prozent) liegt (Goerres et al. 2018: 6). In der vier Jahre später erfolgten IMGES-II-Studie, die allerdings nur in der Stadt Duisburg und nicht mehr bundesweit durchgeführt wurde, büßt die CDU gar ihren ersten Platz bei Spät-/Aussiedler*innen ein und findet sich mit nur 20 Prozent an dritter Stelle – hinter SPD (30 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (28 Prozent). Bei türkeistämmigen Deutschen kommt die SPD auf ebenfalls vergleichsweise bescheidene 39 Prozent, gefolgt von CDU (17 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (15 Prozent) (Goerres et al. 2022b: 14). Auch bei türkeistämmigen Deutschen schneidet die SPD jedoch weiterhin deutlich besser ab als im Gesamtergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2021 (25,7 Prozent).

Auch wenn gruppenspezifische Parteibindungen somit nach wie vor zu beobachten sind, kann zusammenfassend gesagt werden: Die ehemals diagnostizierte Zweiteilung von mono- und multikulturellem gesellschaftlichen Leitbild und entsprechend streng dualistischer «migrantischer Parteiidentifikationen» weicht zunehmend einer komplexeren Konstellation, in der sich weder SPD noch CDU/CSU ihrem «traditionell» starken Rückhalt bei türkeistämmigen Deutschen bzw. Spät-/Aussiedler*innen sicher sein können (Mayer et al. 2021: 84 f.). Diese weitgehend

unumstrittene Erkenntnis wird in neueren Studien entlang einer Reihe von «migrationsspezifischen» Erklärungsfaktoren diskutiert. Auf drei dieser Faktoren gehe ich im Folgenden genauer ein, da sie in der Literatur wiederholt angeführt werden.

Erstens ist der Faktor der *Aufenthaltsdauer* zu nennen. Migrant*innen bilden in aller Regel erst nach mehreren Jahren eine Parteiidentifikation aus (Kroh/Tucci 2009: 821 ff.; Wittlif et al. 2022: 339). Der typische zeitliche Verlauf kann nach Wittlif und Litta (2016: 10 f.) folgendermaßen zusammengefasst werden: Nach einer gewissen «Orientierungsphase» in den ersten fünf Jahren des Aufenthalts in Deutschland, in der nur etwa 30 Prozent neu angekommener Migrant*innen eine Parteiidentifikation angeben, steigt dieser Wert in den nächsten fünf Jahren auf über 50 Prozent. Nach mehr als zehn Jahren Aufenthalt unterscheidet sich die Stärke der Parteienbindung bei Migrant*innen (mehr als 70 Prozent) nur noch wenig von derjenigen bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Ebenso treten interessante altersspezifische wie auch generationelle Effekte auf. Wittlif et al. etwa weisen in ihrer kürzlich erschienenen Studie auf deutliche Unterschiede zwischen Altaussiedler*innen und Spätaussiedler*innen bezüglich ihrer Parteipräferenzen hin:

«Bei Spät-/AussiedlerInnen, bei denen andere Erhebungen zuletzt eine abnehmende Bindung an die Union auswiesen, zeigt sich [...] ein differenziertes Bild: In der Gruppe der bis 1992 zugewanderten (Alt-)AussiedlerInnen tendieren noch ca. 50 % zur Union und damit deutlich mehr als unter Deutschen ohne Migrationshintergrund. Der Zuspruch zur Union liegt damit 2018 nur wenig unter dem Zustimmungsniveau, das im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 für Deutsche aus Polen und aus Rumänien gemessen wurde. [...] Demgegenüber neigen (ab 1993 zugewanderte) SpätaussiedlerInnen nur noch zu 30 % der Union zu und präferieren deutlich stärker kleinere Parteien, darunter Die Linke [...] sowie die AfD.» (Wittlif et al. 2022: 345)

Diese Erkenntnisse weisen darauf hin, dass sich die «Unwählbarkeit» linkspolitischer Parteien bei Zuwander*innen aus dem postsowjetischen Raum in der jüngeren Generation merklich abgeschwächt hat (davon teilweise abweichend: Wittlif/Litta 2016: 19; grundlegend: Wüst 2011: 172 f.). Jedoch ist auch zu beachten, dass die AfD bei Spätaussiedler*innen deutlich höhere Zustimmungswerte erzielt als bei Altaussiedler*innen (16,9 zu 7,5 Prozent) (Wittlif et al. 2022: 344). In der Gesamtgruppe der Spät-/Aussiedler*innen führt die Aufweichung der «traditionellen»

¹⁴ Auf die Gruppe «übrige Welt», die sich aus fast 100 Herkunftsländern zusammensetzt und damit kaum aussagekräftige Rückschlüsse zulässt, sei hier nur kurz verwiesen. Es ergibt sich folgende Verteilung: SPD (39,0 Prozent), CDU/CSU (19,0 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (16,9 Prozent), DIE LINKE (15,4 Prozent) (Wittlif/Litta 2016: 15 f.).

Bindung an die CDU/CSU also keineswegs zu einer einheitlichen Verlagerung des Stimmgewichts «nach links», sondern zu einer Verteilung sowohl ins linke als auch ins rechte Parteienspektrum.

Abweichungen zwischen erster und zweiter Generation lassen sich auch in Bezug auf türkeistämmige Deutsche identifizieren. Wie Goerres et al. (2018: 6) feststellen, tendierte bei der Bundestagswahl 2017 die erste Generation deutsch-türkischer Wähler*innen deutlich weniger stark zur SPD (29 zu 40 Prozent), aber zugleich stärker zur CDU/CSU (27 zu 14 Prozent) und zur LINKEN (23 zu 11 Prozent). Die naheliegende Annahme, dass sich die ehemals starke Bindung von türkeistämmigen Deutschen an die SPD eher noch in der ersten als in der zweiten Generation wiederfindet, kann mit Blick auf die IMGES-I-Studie demnach nicht bestätigt werden.

Zweitens sind migrationsspezifische *Diskriminierungserfahrungen* von erheblicher Bedeutung (Wüst 2011: 172 f.). Es gilt die Faustregel: Wer Diskriminierungserfahrungen aufgrund seiner*ihre migrantischen Herkunft gemacht hat, tendiert bei Wahlen zu linkspolitischen Parteien. Wie oben in Bezug auf den Themenkomplex «Migration, Einwanderungspolitik, (Anti-)Diskriminierung» bereits diskutiert, zeigt sich auch hier die Zentralität der sachpolitischen Verortung der Parteien. Wittlif und Litta bringen den Zusammenhang auf folgende prägnante Formel:

«Wenn Zuwanderer ihre Herkunft als Hindernis für sozialen Aufstieg wahrnehmen, weil sie deshalb benachteiligt werden oder wurden, werden sie eher Parteien links der Mitte unterstützen. Denn diese Parteien setzen sich besonders stark für allgemeine Chancengleichheit (auch unabhängig von der Herkunft) und für Schutz vor Diskriminierung ein.» (Wittlif/Litta 2016: 22)

Wüst und Faas spezifizieren diese Erkenntnis mit Blick auf die relative «Unwählbarkeit» der CDU/CSU für Migrant*innen, die angeben, selbst Benachteiligung erfahren zu haben:

«In der SVR-Studie des Jahres 2016 wurde gezielt nach persönlichen Diskriminierungserfahrungen gefragt und diese in Bezug zur Parteineigung gesetzt. [...] Dabei zeigt sich ein sehr ähnliches Muster [...]: Während die Neigung für die Unionsparteien von 30 % (keine Diskriminierung erfahren) auf 14 % (hoher Grad an erfahrener Diskriminierung) sinkt, steigt analog die Präferenz für Parteien der politischen Linken von 62 % auf 76 %.» (Wüst/Faas 2018: 19 f.).

Drittens sind *geschlechtsspezifische Differenzen* für die Parteiidentifikation von Wähler*innen mit Migrationshintergrund auffällig. Auch wenn diese in den gesichteten Publikationen kaum thematisiert werden, sei hier umso mehr auf Wittlifs und Littas (2016:

11 f.) Feststellung verwiesen, dass Frauen mit Migrationshintergrund merklich seltener eine Parteibindung angeben als Männer mit Migrationshintergrund (ähnlich in Bezug auf die Wahlbeteiligung: Wüst/Faas 2018: 13). In konkrete Zahlen übersetzt bedeutet dies, dass

«bei den Spät-/Aussiedlern nur 62,0 Prozent der Frauen, jedoch 79,3 Prozent der Männer an[geben], dass sie eine Partei in Deutschland bevorzugen. Ähnlich groß ist die Lücke bei den Türkeistämmigen (Frauen: 63,4 %; Männer: 78,6 %) und bei denen, die seit 2001 aus der EU zugewandert sind (Frauen: 46,4 %; Männer: 55,1 %).» (Wittlif/Litta 2016: 11)

Ohne einen allumfassenden Erklärungsanspruch zu erheben, weisen die Autor*innen darauf hin, dass vergeschlechtlichte Rollenbilder und eine damit verbundene geschlechtsspezifische Arbeits- und Aufgabenteilung hier eine entscheidende Rolle spielen könnten. Mit anderen Worten: Männer, die sich entsprechend tradierten Rollenbildern mehr in der maskulinisierten, öffentlichen Sphäre von Lohnarbeit und Beruf bewegen, bilden schneller eine Parteibindung als Frauen, die sich in der feminisierten Sphäre von Familie und Haushalt wiederfinden. Zu fragen wäre hier weiterführend, ob der Befund einer geschlechtsspezifischen Stärke der Parteiidentifikation vor allem für die Generation der «Gastarbeiter*innen» und ihre Familien gilt und ob andersherum eine Abnahme dieses Trends bei jüngeren Generationen zu beobachten ist, da sich vergeschlechtlichte Rollenbilder eventuell abgeschwächt haben. Dies kann im Rahmen des vorliegenden Literaturberichts nicht genauer geklärt werden. Ebenso wenig kann hier beantwortet werden, ob die relative Unsichtbarkeit des Differenzfaktors Geschlecht in den gesichteten Studien der tatsächlichen statistischen Ausgeglichenheit zwischen dem Wahlverhalten von männlichen und weiblichen Wähler*innen mit Migrationshintergrund geschuldet ist oder ob hier ein «blinder Fleck» der empirischen Wahlforschung zutage tritt, der auf tieferer, erkenntnistheoretischer Ebene anzusiedeln ist.

In Abschnitt 5 wurde das Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland untersucht. Entlang des Michigan-Modells wurden die drei Dimensionen «Bewertung der Sachpolitik von Parteien», «Bewertung aufgestellter Kandidat*innen» sowie »längerfristige Parteiidentifikation« näher beleuchtet. Abschließend ist festzuhalten, dass erstens die Sachpolitik verschiedener Parteien, insbesondere in Bezug auf das Themenfeld «Migration, Staatsbürgerschaft und (Anti-)Diskriminierung», eine zentrale Rolle für das Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund spielt (Wittlif et al. 2022: 348 ff.). Gerade wenn individuelle oder kollektive Diskriminierungserfahrungen gemacht wurden, tendie-

ren Wähler*innen mit Migrationshintergrund zu Parteien im linken politischen Spektrum, da sie sich mit ihren Interessen hier stärker vertreten fühlen (Wittlif/Litta 2016: 21 f.). Zweitens zeigt sich mit Blick auf die Bewertung zur Wahl stehender Kandidat*innen ein widersprüchliches Bild. Zwar wurde wiederholt festgestellt, dass Kandidat*innen mit Migrationshintergrund von Wähler*innen mit ähnlicher Migrationsgeschichte bevorzugt werden (Wüst 2016: 3). Zugleich kommen andere Studien jedoch zu dem Ergebnis, dass auch bei Wähler*innen mit vergleichbarem Migrationshintergrund die vertretenen Sachhalte einer*eines Kandidat*in schwerer wiegen als

ihre Biografie (Wittlif et al. 2022: 348). Mit Blick auf die Dimension der Parteiidentifikation zeigt sich drittens, dass auch hier allgemeine *und* migrationspezifische Faktoren zum Tragen kommen. Während klassenspezifische Unterschiede – etwa bei formalem Bildungsgrad und sozialer Lage – bei Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen bestimmte Parteibindungen erklären können, lässt sich die Parteibindung von Wähler*innen mit Migrationshintergrund nicht ohne migrationspezifische Variablen wie Aufenthaltsdauer, Diskriminierungserfahrungen oder auch Geschlecht befriedigend erklären (Kroh/Tucci 2009: 826).

6 SCHLUSS: ERGEBNISSE, OFFENE FRAGEN UND EMPFEHLUNGEN FÜR DAS WEITERE VORGEHEN

Die vorliegende Literaturstudie beschäftigt sich mit den politischen Einstellungen und dem Wahlverhalten von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Deutschland. Dazu wurden 21 einschlägige Publikationen vor allem aus der empirischen Wahlforschung seit den frühen 2000er-Jahren berücksichtigt und einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Zunächst kann festgehalten werden: Sowohl die empirische Wahlforschung als auch breit gefächerte staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen zeigen ein zunehmendes Interesse an den politischen Orientierungen von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. Dementsprechend nimmt die Anzahl an Studien mit Fragestellungen rund um den Themenkomplex politische Orientierungen, Wahlbeteiligung und Wahlverhalten «migrantischer» Wähler*innen und Herkunftsgruppen zu. Dem wachsenden Interesse der Forschung steht jedoch weiterhin eine recht dünne Datenlage bezüglich des Wahlverhaltens und der politischen Einstellungen von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland gegenüber. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die enorme Vielfalt an Migrationsregimen, -erfahrungen und Herkunftsländern, die sich hinter dem Sammelbegriff «Migrationshintergrund» verbergen, wenn überhaupt nur mit erheblichem forschungspraktischem Aufwand empirisch abgebildet werden kann. Dementsprechend wurden bislang meist nur größere migrantische Gruppen – vor allem türkeistämmige Deutsche und Russlanddeutsche – genauer untersucht. Dennoch lassen sich auf Grundlage der bestehenden Literatur einige Erkenntnisse festhalten. Mit Blick auf die *Wahlbeteiligung* kann die Existenz einer *immigrant participation gap* als zentraler Befund festgehalten werden. Die Beteiligungslücke zwischen Wahlberechtigten mit und ohne familiärem Migrati-

onshintergrund ist sowohl auf Bundes- wie auf Länderebene zu beobachten und beträgt im Mittel zwischen 15 und 20 Prozent. Dieser Sachverhalt wird in der empirischen Wahlforschung entlang des *Civic Voluntarism Model* erklärt (Verba et al. 1995). Neben die drei allgemeinen Erklärungszusammenhänge – individuelle «Ressourcenausstattung», «Motivation» und «Mobilisierung» treten aus migrationspezifischer Sicht drei weitere wichtige Variablen: Erstens verkleinert sich die *immigrant participation gap* mit zunehmender Aufenthaltsdauer: Migrant*innen, die länger als 20 Jahre in Deutschland gelebt haben, erzielen ähnlich hohe Beteiligungswerte wie gebürtige Deutsche. Zweitens gilt: Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte, die Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Herkunft gemacht haben, beteiligen sich deutlich seltener an Wahlen. Drittens schließlich spielt auch das Herkunftsland eine Rolle. Einerseits erhöht die politische Sozialisation in einer liberalen Demokratie die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung. Andererseits beteiligen sich Wahlberechtigte aus zahlenmäßig «größeren» Herkunftsländern – zum Beispiel der Türkei – öfter als Migrant*innen aus kleineren Communitys, was wiederum mit dem Faktor Mobilisierung erklärt werden kann. Für Parteien ist es schlichtweg gewinnbringender und weniger aufwendig, größere migrantische Gruppen anzusprechen und damit zu mobilisieren. Wie für die Wahlbeteiligung gilt auch für das *Wahlverhalten*, dass etablierte Theoriemodelle der empirischen Wahlforschung sowohl für Bürger*innen mit als auch ohne Migrationshintergrund Geltung behalten. Beim Wahlverhalten hat sich das sogenannte Michigan-Modell (Campbell et al. 1960) weiterhin durchgesetzt. Es identifiziert die Dimensionen (1) Beurteilung politischer Sachfragen, (2) Einschätzung

der zur Wahl stehenden Kandidat*innen sowie (3) Vorhandensein einer Parteiidentifikation als wichtigste Einflussfaktoren für das individuelle Wahlverhalten. Entlang jeder dieser Dimensionen können sowohl migrationspezifische als auch migrationsunspezifische Beobachtungen gemacht werden.

Erstens gilt: Politische Sachfragen spielen eine erhebliche Rolle bei der Wahlentscheidung von Bürger*innen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. Insbesondere die politische Haltung von Parteien gegenüber Fragen der Migrationspolitik, von Rassismus und (Anti-)Diskriminierung haben einen erheblichen Einfluss auf Wähler*innen, die selbst Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Innerhalb letzterer Gruppe besteht eine klare Tendenz zu linkspolitischen Parteien, die in der Regel vergleichsweise migrationsfreundliche Positionen vertreten (Wittlif et al. 2022: 348 ff.). Zweitens ergibt sich mit Blick auf die Bewertung zur Wahl stehender Kandidat*innen ein durchaus widersprüchliches Bild. Einerseits gibt es Hinweise darauf, dass Kandidat*innen mit ähnlicher familiärer Migrationsgeschichte von entsprechenden Wähler*innen tendenziell häufiger gewählt werden (Goerres et al. 2022b: 13). Andererseits kann festgehalten werden, dass die von Politiker*innen vertretenen politischen Inhalte mitunter durchaus schwerer wiegen als eine eventuelle Identifikation aufgrund ähnlicher Herkunft (Wittlif et al. 2022: 348). Es kann daher von einer komplexen und kontextspezifischen Dynamik zwischen politischen Inhalten und personeller Repräsentation ausgegangen werden. Mit Blick auf die wichtige Dimension längerfristiger Parteiidentifikation zeigt sich drittens, dass auch hier allgemeine *und* migrationspezifische Faktoren zum Tragen kommen. Während klassenspezifische Unterschiede – etwa bei formalem Bildungsgrad und sozialer Lage – bei Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen bestimmte Parteibindungen erklären können, lässt sich die Parteibindung von Wähler*innen mit Migrationshintergrund nicht ohne migrationspezifische Variablen wie Aufenthaltsdauer, Diskriminierungserfahrungen oder auch Geschlecht befriedigend erklären.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Sowohl migrationspezifische als auch migrationsunspezifische Faktoren spielen in Bezug auf Wahlbeteiligung und Wahlverhalten von Bürger*innen mit familiärer Migrationsgeschichte eine wichtige Rolle. Im Rahmen der vorliegenden Literaturstudie war es allerdings nicht möglich, eine genauere Analyse des dynamischen Zusammenspiels von «Klasse» und «Migration» in Bezug auf verschiedene Dimensionen der politischen Einstellungen von Wähler*innen mit familiärer Migrationserfahrung herauszuarbeiten. Die grundlegende Schwierigkeit bestand in der methodischen

Lücke zwischen der empirischen Wahlforschung und dem weitaus komplexeren Zusammenhang zwischen den Strukturkategorien «Klasse» und «Migration». Während die empirische Wahlforschung vornehmlich *quantitativ* vorgeht und zumeist in einfachen Kausalzusammenhängen empirisch abfragbare Variablen analysiert, ließe sich der historische Zusammenhang zwischen «Klasse» und «Migration» meiner Einschätzung nach nur mithilfe einer weiterführenden *qualitativen* Studie näher erschließen. Für eine solche Studie liefert der vorliegende Literaturbericht empirisch belastbare Ausgangspunkte. Die Frage nach den inneren Zusammenhängen zwischen klassen- und migrationspezifischen Dynamiken einerseits und den politischen Einstellungen und dem Wahlverhalten von Wähler*innen mit familiärer Einwanderungsgeschichte andererseits kann auf Grundlage der gesichteten Literatur allerdings nicht befriedigend beantwortet werden. Dementsprechend möchte ich abschließend einige kurze Empfehlungen und Hinweise für eine eventuell nachfolgende qualitative Studie geben.

Auch eine qualitativ vorgehende Nachfolgestudie sollte den fortschreitenden Kenntnisstand der empirischen Wahlforschung keineswegs aus dem Blick verlieren. Nähere Kontakte zu und eventuelle Kooperationen mit einzelnen Wissenschaftler*innen und ganzen Forschungsteams bieten sich hier an. Zu nennen sind zum einen das IMGES-Projekt um Professor Achim Goerres (Universität Duisburg) sowie die Arbeiten einzelner Forscher*innen wie etwa Andreas M. Wüst (Universität Bayreuth), Alexander Wittlif (Sachverständigenrat für Integration und Migration) oder Thorsten Faas (Freie Universität Berlin). Zweitens halte ich es für empfehlenswert, bei einer Nachfolgestudie ein gesondertes Augenmerk auf den Begriff Klasse und sein Verhältnis zu Dynamiken der Migration zu werfen. Dies könnte sowohl auf der Ebene einer theoretischen Reflexion geschehen als auch mit Blick auf die Frage, wie – und mit welchen methodischen Schwierigkeiten verknüpft – die Strukturkategorie Klasse empirisch erfasst werden kann. Kurz gesagt: Die oben angesprochene Lücke zwischen Empirie und Theorie sollte durch eine adäquate methodologische Reflexion explizit gemacht und, bestenfalls, überbrückt werden. Drittens lohnt es sich, genauer über den Erhebungsort einer solchen Studie nachzudenken. Vor dem historischen Hintergrund der politischen Sozialisierung nicht unwesentlicher Teile migrantischer Wähler*innengruppen am Ort des Betriebes und der Fabrik (Weis 2023) lohnt es sich zu fragen, welche Arbeits- und Lebensorte sich heute für eine qualitative Befragung von migrantischen Bürger*innen anbieten. Dass diese Orte weit aus breiter gestreut sind als die fordistische Fabrik der Nachkriegsjahrzehnte, steht außer Frage.

LITERATUR

- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2023):** Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Ergebnisse der ersten Welle der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP Befragung, unter: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb41-ukr-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile&v=11.
- Bergh, Johannes/Bjørklund, Tor (2011):** The Revival of Group Voting. Explaining the Voting Preferences of Immigrants in Norway, in: *Political Studies* 2/2011, S. 308–327.
- Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hrsg.) (2011):** The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies, London.
- Bojadžijev, Manuela (2008):** Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. (1960):** The American Voter, Chicago.
- Ceyhan, Sara Yasemin (2012):** Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse der politischen Partizipation auf Grundlage des European Social Surveys (Magisterarbeit), Universität Mainz.
- DaCosta, Chrissie/Dixon-Smith, Steven/Singh, Gurnam (2021):** Beyond BAME. Rethinking the Politics, Construction, Application, and Efficacy of Ethnic Categorisation, unter: https://pure.coventry.ac.uk/ws/portalfiles/portal/41898015/Beyond_BAME_final_report.pdf.
- Dancygier, Rafaela/Margalit, Yotam (2019):** The Evolution of the Immigration Debate. Evidence from a New Dataset of Party Positions over the Last Half-Century, in: *Comparative Political Studies* 5/2019, S. 734–774.
- Demirović, Alex (2022):** Die Krise der Partei DIE LINKE, in: *Prokla* 209, S. 607–628.
- Dinnebier, Laura/Tosson, Simone/Himmelrath, Noah (2023):** Parteien, Politiker*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen. Durch wen fühlen sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund repräsentiert?, *DeZIMinutes* 12, unter: www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/parteien-politiker-innen-zivilgesellschaftliche-organisationen/.
- Dörre, Klaus (2022):** Die LINKE muss sich neu erfinden – aber wie?, in: *LuXemburg* 1/2022, S. 114–121.
- Doublet, Yves-Marie (2014):** Politisch-parteiliche Teilhabe von Ausländern. Frankreich und Deutschland im Vergleich, in: Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Bukow, Sebastian (Hrsg.): *Parteien. Demokratie und Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation und Repräsentation in der Zuwanderungsgesellschaft*, Baden-Baden, S. 83–101.
- El-Mafaalani, Aladin (2017):** Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund, in: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): *Handbuch Diskriminierung*, Wiesbaden, S. 465–478.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio (2000):** Drei­ßig Jahre danach. Zur Validierung des Konzepts «Parteiidentifikation» in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus/Jagodziski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Wiesbaden, S. 235–271.
- Fick, Patrick/Wöhler, Thomas/Diehl, Claudia/Hinz, Thomas (2014):** Integration gelungen? Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich, Ministerium für Integration Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Givens, Terri/Luedtke, Adam (2005):** European Immigration Policies in Comparative Perspective. Issue Salience, Partisanship and Immigrant Rights, in: *Comparative European Politics* 3/2005, S. 1–22.
- Goebel, Jan/Grabka, Markus M./Liebig, Stefan/Kroh, Martin/Richter, David/Schröder, Carsten/Schupp, Jürgen (2019):** The German Socio-Economic Panel (SOEP), in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 239, S. 345–360.
- Goerres, Achim/Mayer, Sabrina J./Elis, Jonas (2022a):** Die Wahlbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit familiärer Migrationsgeschichte. Möglichkeiten und Grenzen der Förderung. Expertise im Rahmen des Projekts «Wissenschaftstransfer zur Unterstützung der Wahlbeteiligung Deutscher mit türkischer Einwanderungsgeschichte», unter: www.politische-bildung.nrw.de/fileadmin/imperia/md/content/pdf-publikationen/090522_ZFTI22_Wahlbeteiligung_web.pdf.
- Goerres, Achim/Mayer, Sabrina J./Spies, Dennis C./Elis, Jonas (2022b):** Wählerinnen und Wähler mit Einwanderungsgeschichte im Bundestagswahlkampf. Erste Ergebnisse der Immigrant German Election Study II (IMGES II) aus Duisburg von Mai bis November 2021, unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4080426.

- Goerres, Achim/Spies, Dennis C./Mayer, Sabrina J. (2018):** Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017. Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen, unter: www.researchgate.net/publication/323534980_Deutsche_mit_Migrationshintergrund_bei_der_Bundestagswahl_2017_Erste_Auswertungen_der_Immigrant_German_Election_Study_zu_Deutschturken_und_Russlanddeutschen.
- Gülzau, Fabian/Schneider, Jan/Courtman, Nicholas (2022a):** Flüchtlinge als Neubürgerinnen und Neubürger. Das Potenzial der nächsten Jahre, SVR-Policy Brief 2/2022, unter: www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/06/SVR-Policy-Brief-2022-2_Fluechtlingseinbuengerung.pdf.
- Gülzau, Fabian/Wittlif, Alex/Beigang, Steffen (2022b):** SVR-Integrationsbarometer 2022. Methodenbericht, unter: www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/12/SVR_IB2022_Methodenbericht.pdf.
- Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.) (2005):** Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden.
- Herbolsheimer, Florian W./Wüst, Andreas M. (2012):** Migrationshintergrund. Fluch oder Segen bei der Ratswahl?, in: *Stadtforschung und Statistik* 2/2012, S. 8–12.
- Kahrs, Horst (2021):** Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Wahlbericht, erste Deutungen und Hintergründe zum Wahlverhalten, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45055/die-wahl-zum-20-deutschen-bundestag.
- Karakayali, Serhat/Bouali, Celia (2021):** Migrantische Aktive in der betrieblichen Mitbestimmung, Working Paper Forschungsförderung 228, unter: www.boeckler.de/fpdf/HBS-008115/p_fofoe_WP_228_2021.pdf.
- Kroh, Martin (2019):** Parteiidentifikation. Konzeptionelle Debatten und empirische Befunde, in: Faas, Thorsten/Gabriel, Oscar/Maier, Jürgen (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*, Baden-Baden, S. 458–479.
- Kroh, Martin/Tucci, Ingrid (2009):** Parteienbindungen von Migranten. Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten, *Wochenbericht des DIW Berlin* 47, S. 821–827.
- Kunz, Thomas (2015):** Happy Birthday, Migrationshintergrund? Überlegungen zum 10. Geburtstag einer Fremdbeschreibung, in: *Migration und Soziale Arbeit* 3/2015, S. 258–264.
- Lau, Richard R./Redlawsk, David P. (2001):** Advantages and Disadvantages of Cognitive Heuristics in Political Decision Making, in: *American Journal of Political Science* 4/2001, S. 951–971.
- Liebscher, Doris (2023):** Mit «Rasse» gegen Rassismus? Zur Debatte um den Rassebegriff (nicht nur) im Grundgesetz, unter: www.bpb.de/themen/rassismus-diskriminierung/rassismus/516707/mit-rasse-gegen-rassismus/.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967):** *Party Systems and Voter Alignments. Cross-national Perspectives*, New York/London.
- Maier-Borst, Haluka (2023):** «Ohne Stimme können wir hier nix verändern», rbb24, unter: www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2023/beitraege/berlin-mitte-gesundbrunnen-auslaender-wahlrecht.html.
- Mayer, Sabrina J./Goerres, Achim/Spies, Dennis C. (2021):** Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund – Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES), in: Weißels, B./Schoen, H. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*, Wiesbaden, S. 81–97.
- Messina, Anthony (2006):** The Political Incorporation of Immigrants in Europe. Trends and Implications, in: Messina, Antony/Lahav, Gallya (Hrsg.): *The Migration Reader. Exploring Politics and Policies*. Boulder, C.O., S. 470–493.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne (2012):** Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland, Working Paper 46, BAMF, unter: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf.
- Natter, Katharina/Czaika, Mathias/de Haas, Hein (2020):** Political Party Ideology and Immigration Policy Reform. An Empirical Enquiry, in: *Political Research Exchange* 2/2020, S. 1–26.
- Ohr, Dieter/Quandt, Markus (2012):** Parteiidentifikation in Deutschland. Eine empirische Fundierung des Konzepts auf Basis der Theorie Sozialer Identität, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* 45, S. 179–202.
- Phillips, Anne (1998):** *The Politics of Presence*, Oxford.
- Pokorny, Sabine (2016):** Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, unter: www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=34626608-4b40-7669-232d-5eff60534d13&groupId=252038.
- Popkin, Samuel L. (1991):** *The Reasoning Voter. Communication and Persuasion in Presidential Campaigns*, Chicago.
- Schmidtke, Oliver (2016):** The «Party for Immigrants»? Social Democrats' Struggle with an Inconvenient Electoral Issue, in: *German Politics* 3/2016, S. 249–270.

- Schönwälder, Karen (2009):** Einwanderer als Wähler, Gewählte und transnationale Akteure, in: Politische Vierteljahresschrift 50, S. 832–849.
- Shively, Phillips W. (1979):** The Development of Party Identification among Adults. Explorations of a Functional Model, in: American Political Science Review 4/1979, S. 1039–1054.
- Statistisches Bundesamt (2023):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2021, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergruendergebnisse-2010220217004.pdf?__blob=publicationFile.
- tagesschau.de (2022):** Wie Einbürgerung erleichtert werden soll, 28.11.2022, unter: www.tagesschau.de/faq-einbuergungen-101.html.
- tagesschau.de (2023):** Deutlich weniger Hürden für Einbürgerung geplant, 7.1.2023, unter: www.tagesschau.de/inland/einbuergung-huerden-101.html.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry (1995):** Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge.
- Weis, Florian (2023):** «Das Ziel erreicht – aber erst mit Streik». Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration, in: Sozialismus.de 1/2023, S. 57–59.
- Westheuser, Linus/Beck, Linda (2022):** Macht euren Scheiß doch alleine!, in: Jacobin 11/2022, S. 60–67.
- Wittlif, Alex/Litta, Henriette (2016):** Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer?, Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 5/2016, unter: www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/05/SVR_FB_Partepraeferenz.pdf.
- Wittlif, Alex/Wohlfarth, Charlotte/Tubik, Sandra (2022):** Parteipräferenzen von Deutschen mit Migrationshintergrund, in: Uslucan, Haci-Halil/Brinkmann, Heinz U. (Hrsg.): Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland, Wiesbaden, S. 335–355.
- Wüst, Andreas M. (2002):** Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, Opladen.
- Wüst, Andreas M. (2003):** Das Wahlverhalten eingebürgerter Menschen in Deutschland, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, 22.12.2003.
- Wüst, Andreas M. (2006):** Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Der Bürger im Staat 4/2006, S. 228–234.
- Wüst, Andreas M. (2011):** Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, S. 164–185.
- Wüst, Andreas M. (2014):** Politische Repräsentation von Migranteninteressen, in: Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Bukow, Sebastian (Hrsg.): Parteien, Demokratie und Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation und Repräsentation in der Zuwanderungsgesellschaft, Baden-Baden, S. 119–136.
- Wüst, Andreas M. (2016):** Incorporation beyond Cleavages? Parties, Candidates and Germany's Immigrant-Origin Electorate, in: German Politics 3/2016, S. 414–432.
- Wüst, Andreas M./Faas, Thorsten (2018):** Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, unter: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14347.pdf>.
- Zelik, Raul (2022):** Aufbruch und Krise der LINKEN. Zur Aktualität der Parteienkritik von Robert Michels und Bodo Zeuner, in: Prokla 209, S. 571–588.